

Parlamentarische Demokratie Der Landtag Rheinland-Pfalz

parlamentarismus politik



Parlamentarische Demokratie

Der Landtag Rheinland-Pfalz

Arbeitsblätter des Landtags
zur Behandlung des Themas im Unterricht

LANDTAG
RHEINLAND-PFALZ



Inhalt ← ← ←

1.0 Jugend und Politik

- 1.1 Politik – was ist das eigentlich?
- 1.2 Mein Interesse an Politik
- 1.3 Wo kann ich mitmachen?

2.0 Die Landtagswahl

- 2.1 Aus Stimmen werden Mandate – Wahlsystem in Rheinland-Pfalz
- 2.2 Parteien stehen zur Wahl
- 2.3 Jugend wählt
- 2.4 Die Landtagswahl 2001
- 2.5 Rund um die Landtagswahl

3.0 Der Landtag und seine Organe

- 3.1 Das Deutschhaus als Sitz des Landtags
- 3.2 Die Organisation des Landtags – Organigramm
- 3.3 Die Leitungsgremien
- 3.4 Das Plenum
- 3.5 Die Fraktionen
- 3.6 Die Fraktionsdisziplin
- 3.7 Die Ausschüsse
- 3.8 Der Petitionsausschuss und der Bürgerbeauftragte

4.0 Die Aufgaben des Landtags

- 4.1 Der Landtag wählt
- 4.2 Die Gesetzgebung – Verfahren und Zuständigkeiten
- 4.3 „Ohne Moos nix los“ – das Budgetrecht
- 4.4 Politische Macht braucht Kontrolle
- 4.5 Dialog mit der Öffentlichkeit

5.0 Die Abgeordneten

- 5.1 Wie wird man Abgeordnete(r)?
- 5.2 Aufgaben und Tätigkeitsbereiche
- 5.3 Rechte und Pflichten
- 5.4 Die Diäten – was Abgeordnete verdienen

6.0 Demokratie

- 6.1 Akzeptanz der Demokratie
- 6.2 Grundprinzipien der Demokratie
- 6.3 Demokratie als Lebensform

Impressum

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Rheinland-Pfalz, Christoph Grimm
Redaktion: Andreas Jaeger
Fotos: Klaus Benz; Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Plakatsammlung
Gestaltung: Petra Louis
Illustrationen: Gesine Dittmer
Karikaturen: Burkhard Mohr/CCC, Gerhard Mester/CCC, Karl-Heinz Schoenfeld/CCC, www.c5.net
Herstellung: Satz + Druck Werum GmbH
Copyright: 2003, Landtag Rheinland-Pfalz, Deutschhausplatz 12, 55116 Mainz
Der Landtag im Internet: www.landtag.rlp.de

1.0 Jugend und Politik

Studien, Meinungen, Vorurteile?



Schluss mit „Null-Bock“
Laut Shell-Studie sind Jugendliche optimistisch und leistungsbereit (Allgemeine Zeitung Mainz, 20.8.2002)

Jugend will Spaß
Auch Karriere ist Ziel
(Rhein-Zeitung, 9.10.2002)

Jugend immer egoistischer
Shell-Studie: Zwölf- bis 25-Jährige nur auf eigenen Vorteil bedacht (Rhein-Zeitung, 15.8.2002)

Junge Leute mögen keine Nachrichten
14- bis 29-Jährige schauen sich im TV hauptsächlich Unterhaltung an (Rhein-Zeitung, 30.7.2002)

FDP beklagt geringes Politik-Interesse bei jungen Frauen
(Nachrichtenagentur epd, 16.8.2002)

Was ist Jugendlichen wichtig?
Die in der Shell-Studie untersuchten Wertorientierungen
(Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.8.2002)

Reden über Sprachlosigkeit
Jugendliche kritisieren die Politik, wollen aber auch nichts daran ändern
(Pirmasenser Zeitung, 22.8.2002)

Jugendliche ließ die Wahl kalt
Fast jeder Dritte unter 24 Jahren ging nicht an die Urne (Rhein-Zeitung, 2./3.10.2002)

Kein Bock auf Mitbestimmung

Studie: Deutsche Jugendliche engagieren sich nur selten in der Politik
(Trierischer Volksfreund, 5.2.2002)

Jugendstudie
Thierse macht geringes Interesse an Politik Sorgen
(Frankfurter Rundschau, 21.8.2002)

Immer mehr Jugendliche wenden sich von Parteien ab
Junge Generation ist erfolgs- und familienorientierter als früher / Die Shell-Studie
(Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.8.2002)

Appell an Jugend
Rau vermisst Interesse (Rhein-Zeitung, 10.10.2002)

Leistung, Verantwortung und Karriere

Umfrage zeigt einmal mehr: Jugend besser als ihr Ruf/Hehre Lebensziele – garniert mit viel Spaß
(Allgemeine Zeitung Mainz, 9.10.2002)

Die verborgene Seele der Jugend
Alle kritisieren die jüngere Generation, keiner kennt sie – Anmerkungen zur neuen Shell-Studie (Die Welt, 23.8.2002)

Null Bock ist out
Jugendliche gehen pragmatisch vor: Für sie zählen Leistung, Sicherheit und Macht/ Politisches Interesse jenseits der Parteien
(Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.8.2002)

Die Generation Shell bestätigt (nicht) alle Vorurteile
Eine Erstwähler-Aktion der Landeszentrale will zum Urnengang motivieren, erreicht aber nur die bereits Entschlossenen (Rhein-Zeitung, 23.8.2002)

→ → Aufgabe:

- Lies dir die Überschriften der Zeitungsmeldungen durch. Stimmen die Aussagen über Jugendliche? Wie siehst du das Verhältnis von Jugend und Politik?

1.1 Politik – was ist das eigentlich?

Politik ist:

hoch ← Bewertungsskala → niedrig

	6	5	4	3	2	1	0
wenn der Euro eingeführt wird							
wenn große weltweit operierende Unternehmen sich zusammenschließen							
wenn Atomkraftwerke stillgelegt werden							
wenn man Abfall getrennt entsorgt							
wenn der Landtag ein neues Schulgesetz beschließt							
wenn die Love-Parade verboten würde							
wenn sich die Bundeswehr an Auslandseinsätzen beteiligt							
wenn man sich ehrenamtlich in einem Altenheim oder in einem Verein engagiert							
wenn man an Chaos-Tagen teilnimmt							
wenn die Benzinpreise erhöht werden							
wenn man nicht zur Wahl geht							
wenn man regelmäßig Zeitung liest							
wenn man sich piercen lässt							
wenn man sich nicht für Politik interessiert							

→ → Aufgaben:

- 1 **Stimmst du den Aussagen zu?**
 Bewerte sie mit einer Punkteskala von 6 (stimme voll zu) bis 0 (stimme nicht zu).
 Vergleich die Ergebnisse in der Klasse und diskutiert eure Bewertungen.
- 2 **Wie würdest du „Politik“ definieren? Formuliere eine eigene Definition.**



1.2 Mein Interesse an Politik

Lies die Aussagen von jungen Leuten über ihr Interesse an Politik durch und entscheide, ob du den Aussagen zustimmst oder ob du sie ablehnst.

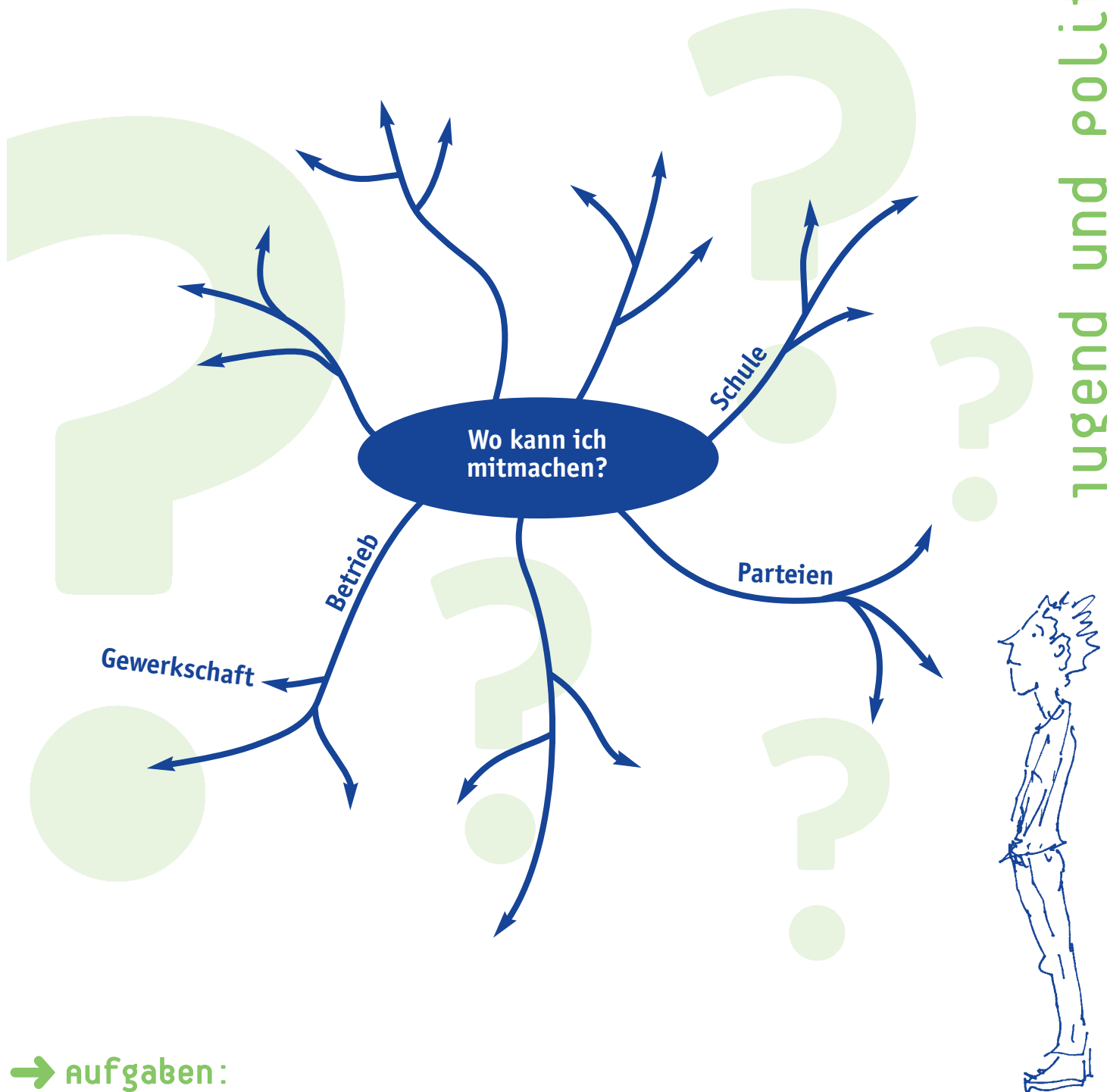


„Es ist schon wichtig, dass man sich engagiert. Dadurch habe ich die Chance, etwas zu verändern und die Möglichkeit, selber etwas zu tun. Das sehe ich ja im Kleinen bei der SV-Arbeit.“ (männlich, 17 Jahre)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
„Ich interessiere mich halt für Teilgebiete der Politik, z.B. habe ich mich eine Zeit lang für Ausländer engagiert.“ (weiblich, 19 Jahre)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
„Ja, ich interessiere mich für Politik. Mein Interesse ist so groß, dass ich die Medien verfolge und mich zu wehren versuche, wenn mir die Politik nicht passt. Ich habe auch mal überlegt, ob ich in eine Partei eintrete und dort aktiv mitwirke.“ (weiblich, 19 Jahre)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
„Politik darf einfach nicht an einem vorbeigehen. So sehr interessiere ich mich nicht dafür, aber man sollte sich doch informieren und wissen, was da überhaupt abgeht.“ (männlich, 21 Jahre)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
„Ich versuche wahrzunehmen, was um mich herum passiert, was täglich passiert, aber ich bin nicht persönlich engagiert. Ich werde jedes Mal wählen gehen und meinen Teil an Einfluss wahrnehmen.“ (männlich, 23 Jahre)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
„Ich interessiere mich überhaupt nicht für Politik, das ist mir egal, es betrifft mich auch nicht.“ (männlich, 19 Jahre)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
„Politik passt momentan noch nicht so in mein Leben. Ich bin gerade in einer Phase, wo man einfach nur gerne lebt, und ich habe irgendwie keine Lust, mir ständig große Gedanken über Probleme zu machen.“ (weiblich, 16 Jahre)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
„Es sollen sich die anderen um Politik kümmern, warum ich?“ (weiblich, 17 Jahre)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
„Ich habe nicht so ein großes Interesse an Politik. Vielleicht wenn ich schon wählen dürfte, dann würde es mich mehr interessieren.“ (weiblich, 17 Jahre)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
„Politik ist schon wichtig, aber ich denke, es geht viel an mir vorbei, weil insgesamt die Nähe zum Wähler oder zum Volk fehlt.“ (männlich, 23 Jahre)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Quelle: Jugend und Politik: Gesellschaftsbild und Lebensgefühl von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Rheinland-Pfalz – Befunde in Originalton und Bildern, Darmstadt 1997

→ → **meine meinung:** Ich erwarte von Politik _____

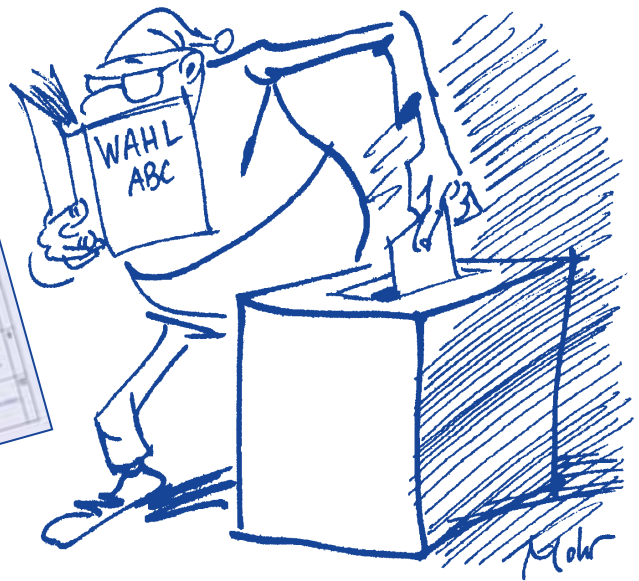
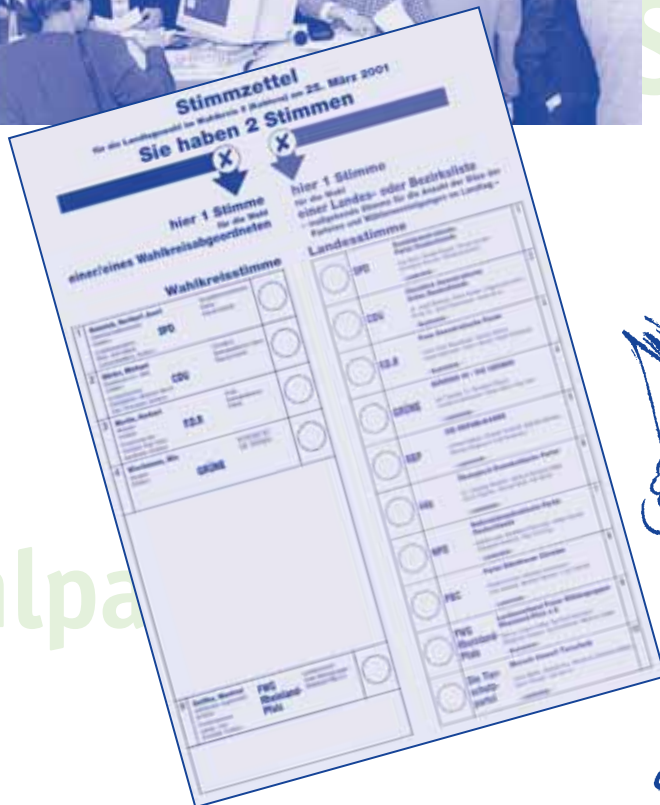
1.3 Wo kann ich mitmachen?



→ → Aufgaben:

- 1 Wo können Jugendliche deiner Meinung nach mitmachen und sich engagieren? Ergänze das Mind-Map.
- 2 Recherchiere im Internet mit Hilfe einer Suchmaschine folgende Begriffe: „Jugendbeteiligung“, „Partizipation“, „Jugendliche“ und „Jugend“. Notiere dir die zehn interessantesten Beteiligungsangebote für Jugendliche und vergleiche das Ergebnis mit dem Mind-Map.
- 3 Informiere dich im Internet unter www.net-part.schule.rlp.de, welche Beteiligungsmöglichkeiten es für Jugendliche innerhalb und außerhalb von Schule gibt.
- 4 Führt eine Umfrage in einer anderen Klasse oder in eurer Schule durch: Wo engagieren sich die befragten Jugendlichen, wo machen sie mit? Fragt auch nach den Gründen für ihr Engagement.

2.0 Die Landtagswahl



Wahlurne
Stimmzettel
die Landtagswahl

→ → Aufgaben:

- ➊ Beschreibe und kommentiere die Karikatur von Mohr („Wahl ABC“).
- ➋ Was fällt dir zum Stichwort „Wahlen“ ein? Erstelle in der Klasse ein Tafelbild zur Wortfamilie oder zum Wortfeld „Wahl, Wahlen“.
- ➌ Hast du schon einmal selbst an einer Wahl teilgenommen? Beschreibe, wie diese Wahl abgelaufen ist: Um welche Wahl handelte es sich? Wer hat die Wahl organisiert und durchgeführt? Wer sollte gewählt werden, wer durfte wählen? Standen mehrere Kandidatinnen oder Kandidaten zur Auswahl? Haben sich die Kandidatinnen bzw. Kandidaten vorgestellt oder Wahlkampf gemacht? In welcher Form hat die Wahl stattgefunden? Wie ging die Wahl aus? Mit welcher Mehrheit wurde der Kandidat oder die Kandidatin gewählt? Warst du mit dem Ausgang der Wahl zufrieden?
- ➍ Sind Wahlen notwendig? Wäre es nicht einfacher oder besser, wenn zum Beispiel der/die Schulleiter(in) bestimmt, wer Klassensprecher(in) oder Schülersprecher(in) wird?
- ➎ Warum werden in den Ländern Landtage gewählt? Informiere dich über den Föderalismus in Deutschland. Diskutiert in der Klasse anschließend die Bedeutung folgender Begriffe: „Bundesstaat“, „Gliedstaaten“, „Staatscharakter der Länder“.

2.1 Aus Stimmen werden Mandate – Wahlsystem in Rheinland-Pfalz

„Wahlen und Volksentscheide auf Grund dieser Verfassung sind allgemein, gleich, unmittelbar, geheim und frei.“ (Artikel 76 Absatz 1 der Landesverfassung)

Die Landesverfassung und das Landeswahlgesetz enthalten alle Bestimmungen, die für Landtagswahlen und Volksentscheide in Rheinland-Pfalz gelten:

Aktives und Passives Wahlrecht:

Stimmberechtigt bei Landtagswahlen sind alle Deutschen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und seit drei Monaten ihre Hauptwohnung in Rheinland-Pfalz innehaben (aktives Wahlrecht). Wählbar ist jeder Stimmberechtigte, der am Tag der Wahl das Alter erreicht hat, mit dem die Volljährigkeit eintritt (passives Wahlrecht).

Wahlsystem und Wahlperiode:

Die Landtagsabgeordneten werden seit 1989 nach den Grundsätzen einer mit der Personenwahl verbundenen Verhältniswahl gewählt. Die Wahlperiode beträgt normalerweise fünf Jahre. Löst sich der Landtag durch Beschluss der Mehrheit seiner Mitglieder selbst auf, gibt es Neuwahlen, auch wenn die fünfjährige Wahlperiode noch nicht beendet ist.

Erst- und Zweitstimme:

Die Wahlberechtigten haben zwei Stimmen. Mit der Erststimme können sie einen Wahlkreisabgeordneten wählen, der in ihrem Wahlkreis kandidiert. In den 51 Wahlkreisen werden daher 51 Abgeordnete direkt über die Erststimmen gewählt. Um ein solches Direktmandat zu erlangen, reicht die einfache Mehrheit. Mit der Zweitstimme kann man eine Partei oder eine Wählervereinigung wählen. Deren Bewerberinnen und Bewerber um ein Landtagsmandat werden parteiintern in einer festen Reihenfolge auf Landes- oder Bezirkslisten aufgestellt und zur Wahl vorgeschlagen.

Sitzverteilung im Landtag:

Über die Sitzverteilung im Landtag entscheidet die Zweitstimme. Im Regelfall besteht der Landtag aus 101 Abgeordneten. Jede Partei oder Wählervereinigung mit mehr als 5% der Stimmen erhält von den 101 Sitzen so viele, wie ihr nach dem Landesstimmen-Anteil (Zweitstimme) zustehen. Hiervon werden die über Erststimmen errungenen Direktmandate abgezogen. Die verbleibenden Sitze werden mit Bewerberinnen und Bewerbern der Landes- oder Bezirkslisten in der dort festgelegten Reihenfolge besetzt.

5%-Klausel:

Listen, die weniger als 5% der Zweitstimmen erhalten, bleiben bei der Verteilung der Abgeordnetensitze unberücksichtigt. Für Wahlkreisbewerber gilt die landesweite 5%-Klausel nicht. Es können also auch parteiunabhängige Einzelbewerber gewählt werden oder Bewerberinnen und Bewerber von Parteien oder Wählervereinigungen, die an der landesweiten 5%-Klausel gescheitert sind.

Überhangmandate und Ausgleichsmandate:

Erzielt eine Partei oder Wählervereinigung mehr Direktmandate, als ihr nach dem Zweitstimmen-Anteil zustehen, so darf sie diese behalten (Überhangmandate). Dadurch erhöht sich die Gesamtanzahl der Sitze im Landtag (> 101). Zum Ausgleich erhalten die anderen Parteien proportional zu ihrem Zweitstimmenanteil ebenfalls zusätzliche Sitze (Ausgleichsmandate).

→ → Aufgaben:

- 1 Artikel 76 Absatz 2 der Landesverfassung enthält die Wahlrechtsgrundsätze, nach denen Landtagswahlen durchgeführt werden. Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit Wahlen „allgemein“, „gleich“, „unmittelbar“, „geheim“ und „frei“ sind?
- 2 Erkläre die Begriffe „Mehrheitswahlrecht“ und „Verhältniswahlrecht“.
- 3 Stelle in einer Grafik dar, was man sich unter „einer mit der Personenwahl verbundenen Verhältniswahl“ vorzustellen hat.
- 4 Welche Stimme ist deiner Meinung nach wichtiger: die Wahlkreisstimme (Erststimme) oder die Landesstimme (Zweitstimme)? Begründe deine Meinung.
- 5 Wie ist es zu erklären, dass nicht alle Wählerinnen und Wähler ihre beiden Stimmen ein und derselben Partei zugute kommen lassen?
- 6 Wie lange dauert die Wahlperiode im Bundestag und in den anderen Bundesländern? Welche Vor- und Nachteile haben längere oder kürzere Wahlperioden?



2.2 Parteien stehen zur Wahl

Landtagswahlkampf 2001



Parteien beziehen Stellung zum Thema ...

SPD	CDU	FDP	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

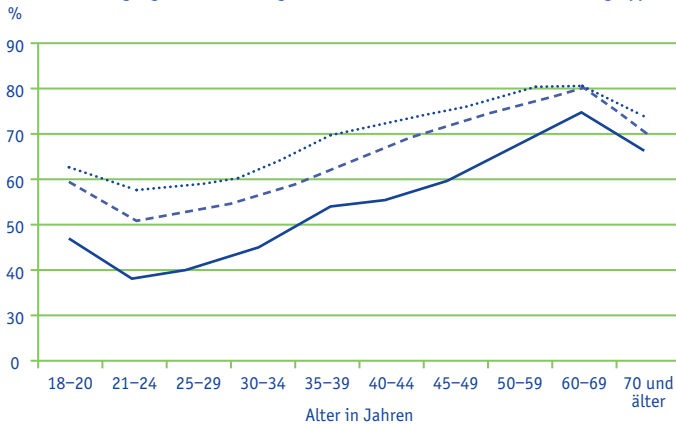
→ → Aufgaben:

- 1 Kommentiere die Wahlplakate. Welche Botschaft vermitteln sie?
- 2 Wähle ein Thema aus und finde heraus, wie sich die im Landtag vertretenen Parteien hierzu äußern. Stelle in der Tabelle stichwortartig die Haltung der jeweiligen Partei dar.
- 3 Erarbeite aus den recherchierten Materialien ein Wahlplakat.
- 4 Du willst zusammen mit Freunden eine neue Partei gründen, die bei der nächsten Landtagswahl antreten soll. Erarbeite gemeinsam mit den anderen Gründungsmitgliedern ein 10-Punkte-Wahlprogramm. Wie soll die neue Partei heißen?



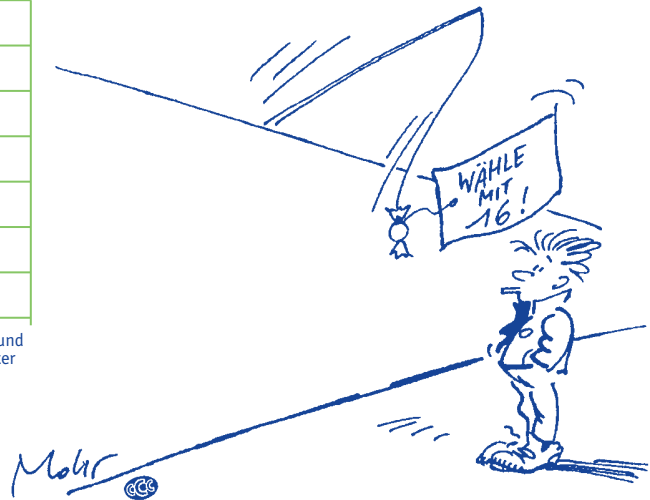
2.3 Jugend wählt

Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen 1991, 1996 und 2001 nach Altersgruppen ¹⁾



¹⁾ Ohne Briefwähler 1991 - - - - 1996 ——— 2001

Quelle: Statistisches Landesamt Bad Ems



Erstwähler äußern sich zur Wahlbeteiligung

Ich kann die Parteien ja irgendwie verstehen, denn logisch, die wollen gewählt werden. Das heißt, als Parteivorsitzender überlege ich mir, welche Leute oder welche Altersklassen gehen am ehesten wählen? Das ist wahrscheinlich so die Altersgruppe 35 bis alt. Logischerweise versuche ich dann, die Masse anzusprechen. Irgendwo ist es dann klar, dass die Politiker sich sagen: Da eh nicht so viele junge Leute wählen gehen, versuche ich bei denen auch nicht großartig, Wähler zu gewinnen.

Christian, 19 Jahre

Ich hab' den Durchblick auch nicht, und genau deshalb gehe ich nicht wählen. Das ist einfach mein Entschluss: Bevor ich nicht durchblicke, gehe ich nicht zur Wahl.

Wolfram, 19 Jahre

Ich finde es ist meine Pflicht, wählen zu gehen. Andere Menschen auf dieser Welt haben dieses Recht gar nicht. Dann kann ich doch dieses Recht nicht einfach so wegschmeißen, wenn Menschen in anderen Ländern sich darum schlagen, wählen zu dürfen.

Luisa, 18 Jahre

Ich kann doch wählen, wen ich will – es versprechen alle dasselbe. Also ist meine Stimme doch komplett egal!

Fabian, 19 Jahre

Auch wenn man nicht fit ist, was die aktuellste Politik angeht oder wie das alles funktioniert – man sollte trotzdem die Partei wählen, von der man denkt, die kommt mir am nächsten, die ist mir am sympathischsten. Hauptsache wählen. Jeder, der nicht wählen geht, gibt diesen Extremparteien eine Stimme.

Anne-Katrin, 18 Jahre

Eigentlich ist es logisch, dass man wählen gehen sollte, wenn man das Recht dazu hat. Aber bei mir ist einfach mein Desinteresse größer! Denn es wird sich nix ändern, egal ob ich wählen gehe oder nicht.

Andrea, 18 Jahre

Die Wahl könnte für mich ein Weg sein für meine Ziele und Wünsche. Eine Partei zu wählen, die meine Vorstellungen in gewisser Weise bestmöglich vertreten kann.

Christian, 19 Jahre

Quelle: Fluter Nr. 3, Juni 2002, S. 4–9

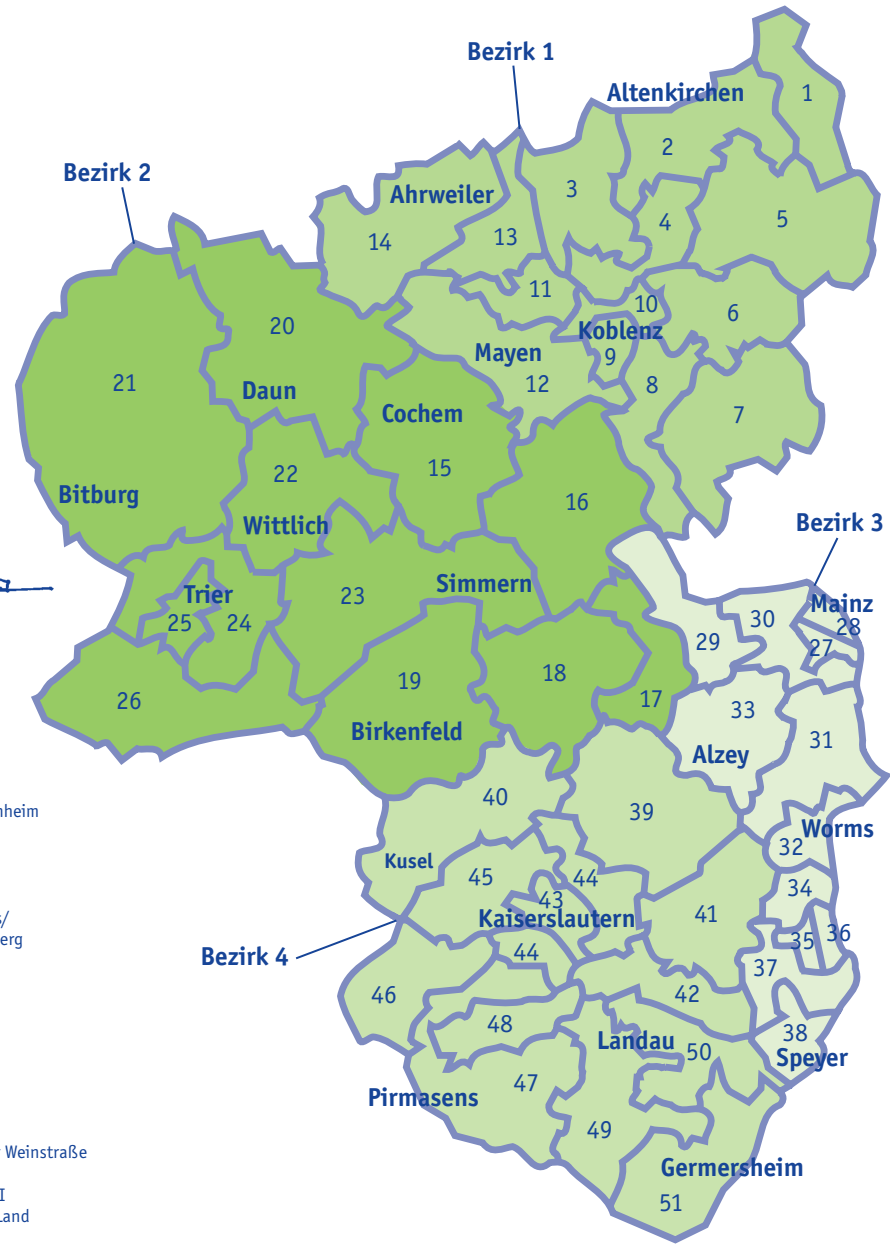
→ → Aufgaben:

- Der Landeswahlleiter hat die Wahlbeteiligung der jungen Wählerinnen und Wähler bei der Landtagswahl 2001 als „Besorgnis erregend“ bezeichnet. Erkläre diese Aussage mit Hilfe des Schaubildes.
- In welcher Altersgruppe gab es die höchste bzw. die niedrigste Wahlbeteiligung? Nimm Stellung hierzu.
- Vergleiche die Kommentare von Erstwählern zur Wahlbeteiligung. Welche Gründe werden für und welche gegen eine Wahlbeteiligung angeführt? Kannst du dir jeweils noch andere Gründe vorstellen?
- Beschreibe und kommentiere die Karikatur von Mohr („Wähle mit 16“). Was könnte, was sollte getan werden, damit sich junge Leute wieder stärker an Wahlen beteiligen und ihre Stimme abgeben?
- Führt ein Rollenspiel zum Thema „Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre“ durch. Informationen und Unterlagen hierzu gibt es auf der Jugendhomepage des Landtags.



2.4 Die Landtagswahl 2001

Bezirke und Wahlkreise



- | | |
|--|---|
| <p>Bezirk 1</p> <ul style="list-style-type: none"> 1 Betzdorf/Kirchen 2 Altenkirchen 3 Linz am Rhein/Rengsdorf 4 Neuwied 5 Bad Marienberg/Westerburg 6 Montabaur 7 Diez/Nassau 8 Koblenz/Lahnstein 9 Koblenz 10 Bendorf/Weisenthurm 11 Andernach 12 Mayen 13 Remagen/Sinzig 14 Bad Neuenahr/Ahrweiler <p>Bezirk 3</p> <ul style="list-style-type: none"> 27 Mainz I 28 Mainz II 29 Bingen am Rhein 30 Ingelheim am Rhein 31 Nierstein/Oppenheim 32 Worms 33 Alzey 34 Frankenthal 35 Ludwigshafen am Rhein I 36 Ludwigshafen am Rhein II 37 Mutterstadt 38 Speyer | <p>Bezirk 2</p> <ul style="list-style-type: none"> 15 Cochem-Zell 16 Rhein-Hunsrück 17 Bad Kreuznach 18 Kirn/Bad Sobernheim 19 Birkenfeld 20 Daun 21 Bitburg-Prüm 22 Wittlich 23 Bernkastel-Kues/Morbach/Kirchberg 24 Trier/Schweich 25 Trier 26 Konz/Saarburg <p>Bezirk 4</p> <ul style="list-style-type: none"> 39 Donnersberg 40 Kusel 41 Bad Dürkheim 42 Neustadt an der Weinstraße 43 Kaiserslautern I 44 Kaiserslautern II 45 Kaiserslautern-Land 46 Zweibrücken 47 Pirmasens-Land 48 Pirmasens 49 Südliche Weinstraße 50 Landau in der Pfalz 51 Germersheim |
|--|---|

→ → Aufgaben:

- 1 Recherchiere im Internet auf den Seiten des Landeswahlleiters unter www.statistik.rlp.de die wichtigsten Ergebnisse der letzten Landtagswahl. Präsentiere die Ergebnisse in Form von Grafiken und erläutere sie.
- 2 Wie hat der Landeswahlleiter das Wahlergebnis in seiner Pressemitteilung vom 19. April 2001 kommentiert? Fasse die wichtigsten Ergebnisse zusammen.
- 3 Wie haben die einzelnen Parteien in den Wahlkreisen abgeschnitten? Welchen Parteien gehören die Abgeordneten an, die Direktmandate errungen haben? Trage die Ergebnisse in die Grafik ein.
- 4 Suche deinen Wahlkreis auf der Karte. Wie heißt dein/deine Wahlkreisabgeordnete(r)? Stelle ihn/sie in einem Porträt kurz vor. Wer waren seine Gegenkandidaten bzw. Gegenkandidatinnen?

2.5 Rund um die Landtagswahl



Frage

	Ja	Nein
In Rheinland-Pfalz gilt das personalisierte Verhältniswahlrecht	L	M
Die Wahlperiode beträgt vier Jahre	i	a
Der Landtag hat in der Regel 101 Mitglieder	n	t
Rheinland-Pfalz ist in 51 Wahlkreise eingeteilt	d	g
Bewerberinnen und Bewerber um ein Landtagsmandat müssen mindestens 21 Jahre alt sein	l	t
Stimmberechtigt ist man mit Vollendung des 18. Lebensjahres	a	i
Jede(r) Wähler(in) hat zwei Stimmen	g	e
Für die Wahl einer/eines Wahlkreisabgeordneten ist die absolute Mehrheit erforderlich	d	s
Die Wahlkreisstimme (Erststimme) und die Landesstimme (Zweitstimme) können verschiedenen Parteien gegeben werden (Stimmensplitting)	a	d
Über die Sitzverteilung im Landtag entscheiden die Landesstimmen (Zweitstimmen)	b	e
Erhält eine Partei mehr Wahlkreisstimmen (Erststimmen), als ihr nach den Landesstimmen (Zweitstimmen) zustünden, darf sie die sich daraus ergebenden Überhangmandate nicht behalten.	s	g
Die Regierung muss immer aus zwei Koalitionsparteien bestehen	l	e
Der Ministerpräsident wird direkt von der Bevölkerung gewählt	a	o
Die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl 2001 war die niedrigste seit 1947	r	n
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die FDP haben im Jahr 2001 jeweils zwei Direktmandate errungen	a	d
Die 5%-Klausel gilt auch für Wahlkreisbewerber(innen)	t	n
Die Wahlbeteiligung bei jungen Leuten war bei der Landtagswahl 2001 überdurchschnittlich hoch	a	e
Im 14. rheinland-pfälzischen Landtag ist die SPD die stärkste Fraktion	t	g
CDU und FDP bilden die Opposition im 14. Landtag	s	e

→ → **Lösung:**

Die Buchstaben der richtigen Antworten ergeben das Lösungswort:



3.0 Der Landtag und seine Organe

Wer gehört zum Landtag?



- A) Bibliothek
- B) Archiv
- C) Poststelle im Abgeordnetengebäude
- D) Druckerei
- E) Abgeordnete am Rednerpult des Plenarsaals
- F) Ministerpräsident Beck
- G) Jugendliche Besuchergruppe
- H) Landtagspräsident Grimm mit schriftführenden Abgeordneten
- I) Leere Stühle im Plenarsaal
- J) Stenografin im Plenarsaal

Der Landtag und seine Organe

→ → Aufgabe:

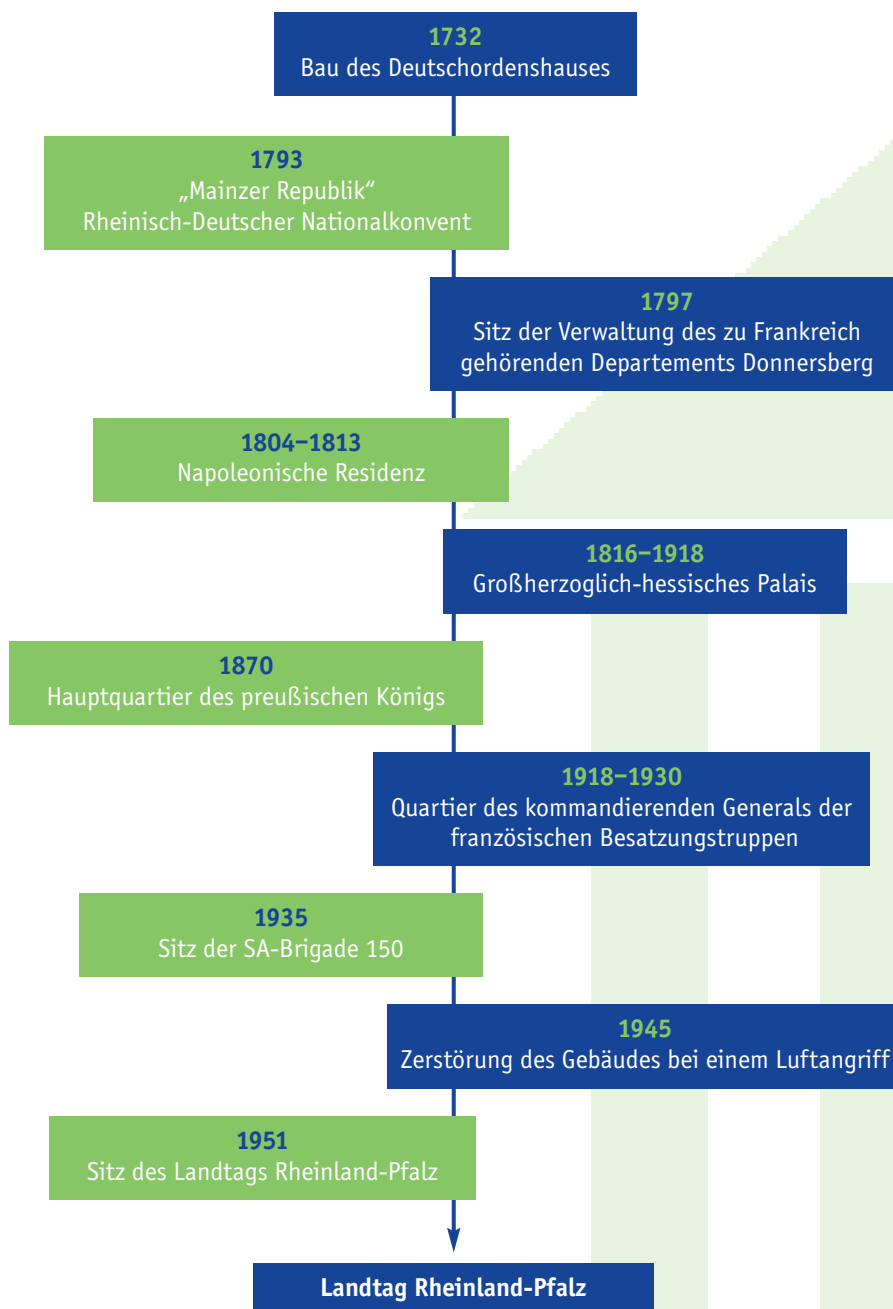
1 Beschreibe die Fotos. Ordne den Fotos die richtigen Bezeichnungen zu.



3.1 Das Deutschhaus als Sitz des Landtags

••••• Eine Zeitreise durch das Deutschhaus

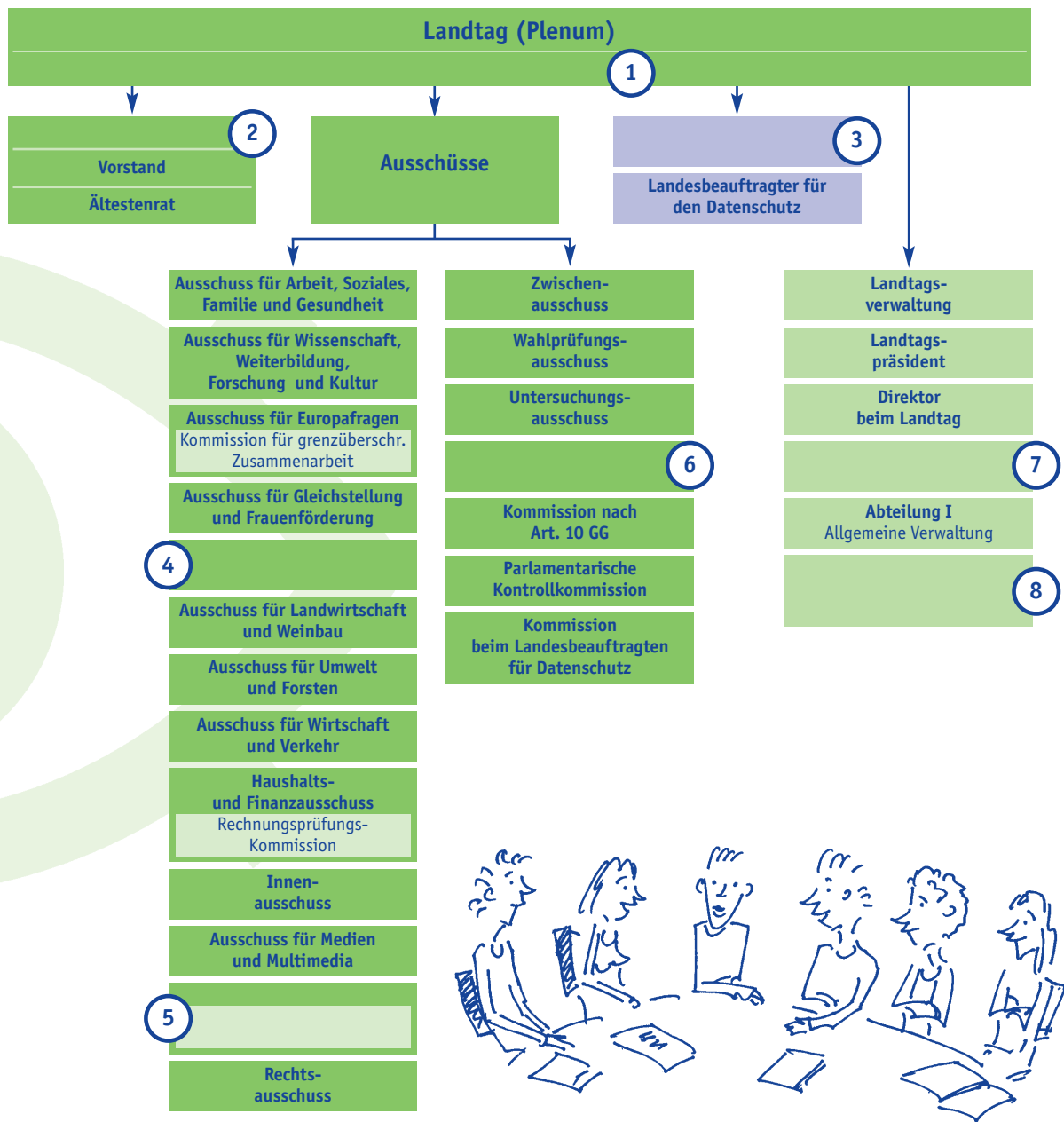
Mehr als 260 Jahre alt ist das Deutschhaus in Mainz – Sitz des Landtags Rheinland-Pfalz, Werkstatt der Demokratie. Es ist nicht nur eines der schönsten Gebäude der Stadt, sondern hat auch eine beeindruckende Geschichte von europäischem Rang. Auf der Zeitreise durch das Deutschhaus lernst du die wichtigsten Stationen seiner Geschichte kennen. Ausführliche Informationen hierzu findest du in verschiedenen Broschüren des Landtags und auf der Landtagswebsite.



→ → Aufgabe:

- 1 Plant nach eurer Zeitreise gemeinsam eine Ausstellung über die Geschichte des Deutschhauses und gebt der Ausstellung einen Namen.

3.2 Die Organisation des Landtags – Organigramm



→ → Aufgaben:

- 1 Was ist ein Organigramm? Schlage den Begriff in einem Fremdwörterbuch nach.
- 2 Ergänze mit Hilfe der Landtagswebsite die fehlenden Elemente des Organigramms (Nr. 1–8). Welche Aufgaben haben deiner Meinung nach die ergänzten Gliederungselemente?
- 3 Der Landtag bestimmt seine Organisation selbst, d.h. er gibt sich gemäß § 85 Absatz 1 der Landesverfassung seine eigene Geschäftsordnung. Die Landesverfassung und die Geschäftsordnung des Landtags (GOLT) bilden somit die Grundlage seiner Arbeit. Wie heißen die 17 Abschnitte, in die sich die GOLT gliedert?
- 4 Erstelle ein Organigramm für deine Schule. Welche Gliederungselemente der beiden Organigramme sind jeweils vergleichbar? Begründe deine Entscheidung.
- 5 Auf welcher „Geschäftsordnung“ beruht die Arbeit in deiner Schule?

3.3 Die Leitungsgremien

Vizepräsident Creutzmann:

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [...]. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? –
(Unruhe im Hause)

Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

(Zuruf des Abg. Anheuser, CDU) [...]

Herr Kollege, ich habe es mir die ganze Zeit angehört. Sie haben mir Parteilichkeit vorgeworfen. Ich habe nichts dazu gesagt. Ich verbitte mir das.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich versuche, mein Amt zuerst einmal unparteiisch auszuüben. Ich habe immer wieder genauso geklingelt, wenn jemand von der SPD unruhig war, wenn jemand von der FDP unruhig war, wenn jemand von der CDU unruhig war. Das können Sie mir abnehmen.

Ich habe nichts gesagt. Aber wenn Sie laufend dazwischenrufen, wollte ich Ihnen das nur sagen.

(Plenarsitzung am 5. Dezember 2002)



Gerster, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wäre dem Präsidium des Parlaments dankbar, wenn plumpe Wertungen derart, wie sie in der Überschrift „Gesundheitsreform 2000 – Schaden für unser Land“ stehen, in Anführungszeichen gesetzt werden, wenn sie schon in eine Tagesordnung oder Landtagsdrucksache übernommen werden. Sonst ist das wirklich eine Zumutung.
(Beifall der SPD und des Abg. Kuhn, F.D.P. – Unruhe bei der CDU)

Vizepräsident Schuler:

Herr Staatsminister Gerster, dieser Appell ist an die falsche Adresse gerichtet. Das ist Aufgabe des Ältestenrats. Auch darin ist die SPD vertreten. Das nur nebenbei.
(Kramer, CDU: Unerhört!)

Gerster, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Ich nehme diese Rüge gern in Kauf und akzeptiere sie. Ich bitte dann den Ältestenrat, künftig sicherzustellen, dass solche plumpen Wertungen nicht mehr Eingang in eine Tagesordnung finden.
(Plenarsitzung am 30. März 2000)

Präsident Grimm:

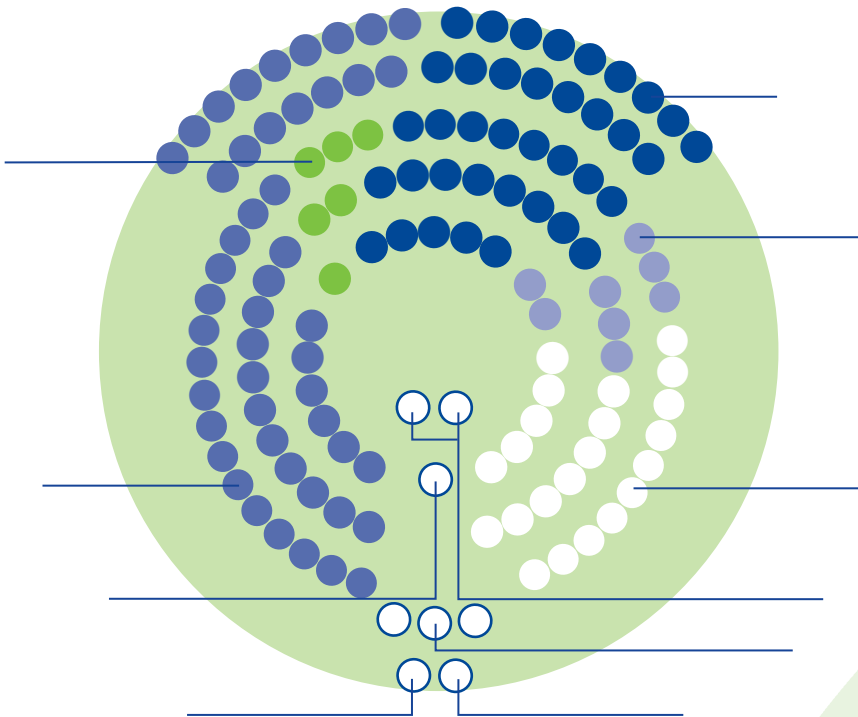
Meine Damen und Herren, es ist nicht zulässig, einen Kollegen „Armleuchter“ zu schimpfen. Ich erwarte eine entsprechende Entschuldigung bei dem Kollegen. Zweitens müssen wir uns alle beim Herrn Kollegen Rösch wegen des hohen Geräuschpegels entschuldigen.
(Plenarsitzung am 11. März 1999)

→ → Aufgaben:

- ① **Präsident, Vorstand und Ältestenrat sind die Leitungsgremien des Landtags mit vielfältigen Aufgaben. Lies die Auszüge aus den Plenarprotokollen. Welche Aufgaben der Leitungsgremien werden hier angesprochen?**
- ② **Erstelle eine Übersicht über die Leitungsgremien des Landtags: Wer gehört den Gremien im derzeitigen Landtag an? Welche weiteren Aufgaben haben die Leitungsgremien laut Landesverfassung und GOLT? Nach welchem Verfahren werden die Gremien jeweils besetzt?**
- ③ **Der Präsident oder seine Stellvertreterin bzw. sein Stellvertreter leitet die Sitzungen des Landtags. Welche konkreten Aufgaben umfasst diese Tätigkeit? Welche Ordnungsmaßnahmen kann der Präsident dabei ergreifen? Ein Blick in die Geschäftsordnung (§§ 19–50) hilft hier weiter.**
- ④ **Welche Ordnungsmaßnahme hat Präsident Grimm in der Plenarsitzung am 11. März 1999 ergriffen?**
- ⑤ **Man könnte den Ältestenrat auch als „Streitschlichtungsgremium“ bezeichnen. Nimm Stellung hierzu.**
- ⑥ **Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN war in der 13. Wahlperiode nicht im Vorstand des Landtags vertreten. Formuliere einen Änderungsantrag zur Geschäftsordnung mit der Forderung, dass jede Fraktion im Vorstand vertreten sein soll, und begründe den Antrag.**

3.4 Das Plenum

Die Sitzordnung im Plenarsaal



„Die Zeiten sind – leider – vorbei, da man mit einer gewaltigen Rede, welche die einzelnen Abgeordneten erschütterte, die Mehrheiten im Parlament verschieben konnte. Warum hält man dann so viel und so lange Reden? Man hält sie, um den Bürgern die Gründe darzutun, warum man sich so und nicht anders verhält. Und man muss es tun, denn wie sonst sollte der Wähler bei dem nächsten Wahlgang wissen, wessen er sich bei dieser und wessen er sich bei jener Partei zu versichern hat? Darum spricht man zu Recht im Parlament auch zum Fenster hinaus.“

Carlo Schmid



→ → Aufgaben:

- 1 Was bedeutet „Plenum“? Schlage den Begriff in einem Wörterbuch nach.
- 2 Beschreibe die Fotos aus dem Plenarsaal. Wer ist auf den Fotos zu sehen?
- 3 Ergänze die abgebildete Grafik („Sitzordnung im Plenarsaal“) mit Hilfe der Landtagswebsite. Welche Aufgaben haben die Personen, die nicht Mitglieder des Landtags sind?
- 4 Kommentiere die Aussage von Carlo Schmid. Inwieweit kann man nach Schmid das Plenum auch als „Fenster zur Öffentlichkeit“ bezeichnen?
- 5 Bei Plenarsitzungen sind nicht immer alle Abgeordneten anwesend. Erkundige dich bei deiner/deinem Wahlkreisabgeordneten, welche Gründe es hierfür gibt.
- 6 Wie oft finden Plenarsitzungen statt? Welche Funktion haben sie?



3.5 Die Fraktionen

„Der Landtag besteht aus vom Volk gewählten Abgeordneten. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden.“
(Artikel 79 Absatz 2 der Landesverfassung)



§ 1 Absatz 2 Fraktionsgesetz Rheinland-Pfalz:

(2) Die Fraktionen wirken an der Erfüllung der Aufgaben des Landtags mit, indem sie durch die Koordination der parlamentarischen Tätigkeit ihrer Mitglieder dazu beitragen, den Ablauf der parlamentarischen Arbeit zu steuern und zu erleichtern, und der politischen Willensbildung im Landtag dienen.

Danach gehört es insbesondere zu ihren Aufgaben,

1. gemeinsame Initiativen vorzubereiten, aufeinander abzustimmen und durchzusetzen,
2. eine gemeinsame Haltung zu Gegenständen der parlamentarischen Beratung und Entscheidung herbeizuführen und zu verfolgen,

3. im Meinungsaustausch mit Betroffenen, der Bevölkerung, Organisationen und Vereinigungen Informationen für parlamentarische Entscheidungen und deren Akzeptanz zu gewinnen,
4. eine Arbeitsteilung unter ihren Mitgliedern zu organisieren und
5. die Öffentlichkeit über ihre parlamentarische Arbeit zu unterrichten.

In diesem Rahmen können die Fraktionen auch mit Fraktionen anderer Parlamente zusammenarbeiten.

→ → Aufgaben:

- 1 Welche Bedingungen müssen nach § 8 GOLT erfüllt sein, damit sich Abgeordnete zu einer Fraktion zusammenschließen können? Was ist der Unterschied zwischen „Partei“ und „Fraktion“?
- 2 Beschreibe und kommentiere die Karikatur von Mester. Beziehe dich dabei auch auf Artikel 79 Absatz 2 der Landesverfassung.
- 3 Welche Aufgaben haben Fraktionen nach § 1 Absatz 2 des Fraktionsgesetzes Rheinland-Pfalz? Erläutere die Aufgaben anhand von Beispielen.
- 4 Wie organisieren die im Landtag vertretenen Fraktionen die Arbeitsteilung unter ihren Mitgliedern? Kannst du Unterschiede zwischen den Fraktionen feststellen?
- 5 Bildet Arbeitsgruppen und abonniert die Newsletter der verschiedenen Fraktionen. Wertet die Newsletter über einen längeren Zeitraum aus und vergleicht, wie die Fraktionen die Öffentlichkeit über ihre parlamentarische Arbeit informieren.



3.6 Die Fraktionsdisziplin

Stellungnahmen von Politikern

Als Politiker muss man oft Dinge entscheiden, von denen man nur einen oberflächlichen Eindruck gewinnen konnte. Deshalb gibt es in jeder Fraktion zu jedem Fachgebiet Experten. Wenn meine Kollegen mir ihre Argumente vortragen, gelingt es ihnen meistens, mich zu überzeugen. Dies ist auch gut, weil die CDU so nach außen eine geschlossene Meinung präsentiert und die Bürger wissen, woran sie mit uns sind. In manchen Fragen bin ich aber natürlich anderer Auffassung als meine Partei. Dann liegt es an mir, meine Kollegen zu überzeugen – wie zum Beispiel bei der Integration Behinderter in Grundschulen. Wenn wir in der Fraktion auch nach langer Diskussion keine gemeinsame Linie finden, wird die Abstimmung wie zum Beispiel über die Präimplantationsdiagnostik freigegeben.

Gerd Schreiner, CDU



Ein Parlament, das keine ausreichenden Mehrheiten zu bilden vermag, ist nicht handlungsfähig. Deshalb müssen insbesondere Regierungsfractionen auch zu einer einheitlichen Willensbildung bei Abstimmungen im Parlament in der Lage sein. Dem muss allerdings ein offener Meinungsbildungsprozess innerhalb der Fraktionen vorausgegangen sein. Das Ende jeder Fraktionsdisziplin würde Ansehen und Handlungsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie einen schweren Schaden zufügen. Die Fraktionsdisziplin steht keineswegs im Widerspruch zur Gewissensfreiheit des Abgeordneten, die in Art. 38 des Grundgesetzes garantiert wird. Wer für eine Partei kandidiert, erkennt auch das Programm dieser Partei an. Dennoch gibt es immer wieder Fragen, die nur jeder einzelne Abgeordnete nach seinem Gewissen entscheiden kann. Ein Beispiel ist für mich aktuell die Präimplantationsdiagnostik (PID). Hier geht es um ethische, existentielle Grundsatzfragen, die meines Erachtens nicht der Fraktionsdisziplin unterworfen werden dürfen.

Werner Kuhn, Vorsitzender der FDP-Fraktion

„Parteisoldaten kennen kein freies Mandat“

Die hierarchische Ausrichtung innerhalb des Parlaments, in seinem Verhältnis zur Regierung, zu „Elefanten-Runden“ und zu Lobbyisten, beeinträchtigt die Freiheit der Abgeordneten sehr viel stärker als durch den Zusammenschluss gleicher Abgeordneter organisatorisch unerlässlich wäre. Wie die anstehenden Vorhaben vorab in kleiner Runde abgesprochen werden, so dass einfachen Bundestagsabgeordneten kein wirklicher Einfluss mehr bleibt, hat Friedbert Pflüger dargestellt: „Wenn schließlich die Fraktion zusammentritt, ist in der Regel alles festgezurr.“ Die

Disziplinierung der Abgeordneten besteht eben gerade nicht nur in der Unterordnung gleichberechtigter Mitglieder unter eine von allen gemeinsam konzipierte Linie im Interesse des Erfolgs, vergleichbar einer Sportmannschaft [...]. Näher liegt der Vergleich mit weisungsgebundenen Soldaten und Söldnern, die unter fremder Führung tätig werden im Interesse eines Konzeptes, an dessen Erstellung sie selbst nicht mitgewirkt haben. Insofern trifft der Ausdruck „Parteisoldaten“ die Stellung der Abgeordneten gar nicht so schlecht.

Quelle: Hans Herbert von Arnim, Das System. Die Machenschaften der Macht, München 2001, S. 286

→ → Aufgaben:

- 1 Wie unabhängig sind deiner Meinung nach Abgeordnete in ihren Entscheidungen?
- 2 Lies die Stellungnahmen der beiden Politiker. Wie bewerten Sie die Fraktionsdisziplin?
- 3 Stelle alle Argumente, die für die Einhaltung der Fraktionsdisziplin sprechen, in einer Tabelle zusammen. Welche Argumente gelten für alle Fraktionen, welche insbesondere für Regierungs- bzw. Oppositionsfractionen?
- 4 Erstellt gemeinsam eine Liste mit Entscheidungen, bei denen es sich eurer Meinung nach um „Gewissensentscheidungen“ handelt.
- 5 Standpunkt: Diskutiert in der Klasse, ob ihr es für wichtiger haltet, stets dem eigenen Gewissen zu folgen oder solidarisch zu sein mit der Mehrheit in der eigenen Fraktion. In welchen Fragen würdet ihr euch auf keinen Fall der Fraktionsdisziplin beugen?
- 6 Lies die Kritik von Hans Herbert von Arnim. Wie beurteilt er die Freiheit der Abgeordneten im Hinblick auf die Fraktionsdisziplin? Welche Argumente führt er an?

3.7 Die Ausschüsse

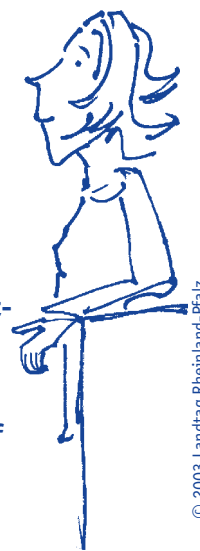


Welche Ausschüsse sind zuständig?

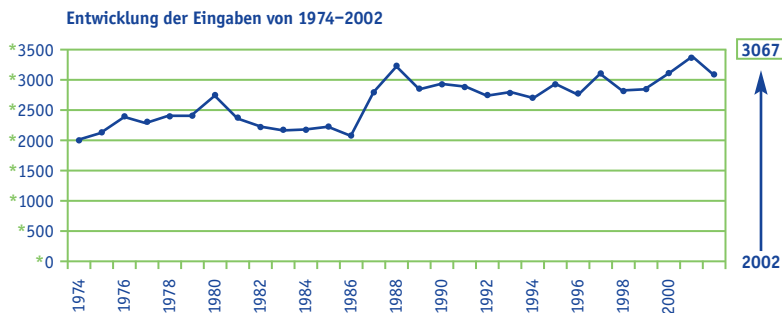
Ausschuss	Thema	Ausschuss
	Abfall	
	Gleichberechtigung	
	Ganztagsschule	
	EU-Osterweiterung	
	Schweinepest	
	Wasser	
	Polizei	
	Universitäten	
	Schulgesetz	
	Windenergie	
	Landeshaushalt	
	Asylbewerber	
	Krankenhäuser	
	Kultursommer	
	Verfassungsfragen	
	Eingaben	
	Jugendschutzgesetz	
	Straßenbau	

→ → Aufgaben:

- 1 Informiere dich auf der Landtagswebsite, welche Ausschüsse es im Landtag Rheinland-Pfalz gibt. Wie erklärst du dir den thematischen Zuschnitt der einzelnen Ausschüsse? Wie oft finden Ausschusssitzungen statt?
- 2 Welche Aufgaben haben die Fachausschüsse nach der GOLT? Erläutere die Aufgaben anhand einer Tagesordnung, die du dir auf der Landtagswebsite besorgen kannst.
- 3 Welche der 13 Fachausschüsse sind deiner Meinung nach für die aufgelisteten Themen zuständig?
- 4 Erläutere mit Hilfe der Sitzordnung in den Fachausschüssen, die du auf der Jugendhomepage des Landtags findest, wie die Ausschüsse zusammengesetzt sind. Wie erklärst du dir, dass die Mehrheitsverhältnisse in den Ausschüssen und im Plenum identisch sind?
- 5 Erläutere die „Arbeitsteilung“ zwischen Plenar- und Ausschusssitzungen am Beispiel eines Gesetzgebungsverfahrens, zum Beispiel der Änderung des Schulgesetzes im Jahr 2003. Den Vorgang kannst du auf der Landtagswebsite recherchieren.
- 6 Meldet eure Klasse zu einem Ausschussbesuch im Landtag an. Informationen hierzu findet ihr auf der Jugendhomepage des Landtags.



3.8 Der Petitionsausschuss und der Bürgerbeauftragte



Quelle: Landtag Rheinland-Pfalz, Unterrichtung durch den Bürgerbeauftragten. Jahresbericht 2002 * Gesamtzahl der eingegangenen Eingaben



Beispiele für Petitionen

Umschreibung eines amerikanischen Führerscheins

Die Petentin setzte sich dafür ein, dass der Führerschein ihres amerikanischen Ehemanns in Deutschland prüfungsfrei umgeschrieben wird, obwohl dies grundsätzlich bei einem Führerschein aus Washington nicht möglich ist. Sie machte aber geltend, dass ihr Ehemann ursprünglich in Kansas einen Führerschein erworben, diesen aber wie in Amerika vorgeschrieben aufgrund eines Wohnungswechsels nach Washington gegen eine dortige Fahrerlaubnis eingetauscht hatte. Die Fahrerlaubnis aus Kansas kann in Deutschland jedoch prüfungsfrei umgeschrieben werden. Aufgrund der Besonderheiten des hier gegebenen Einzelfalls erteilte das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau eine Ausnahmegenehmigung. Die Fahrerlaubnis des Ehe-

manns der Petentin wurde umgeschrieben. Die Eingabe ist einvernehmlich abgeschlossen.

Rentenangelegenheit

Die Petentin beschwerte sich über die Ablehnung ihres Antrags auf Rente wegen Erwerbsunfähigkeit beziehungsweise verminderter Erwerbsfähigkeit. Sie schilderte im Rahmen des Petitionsverfahrens umfassend ihre gesundheitliche Situation und ihre vielfältigen Beschwerden und Beeinträchtigungen. Im Laufe des Petitionsverfahrens wurde dem Anliegen der Petentin aufgrund der neuen medizinischen Feststellungen entsprochen. Die Eingabe ist einvernehmlich abgeschlossen.

Quelle: Landtag Rheinland-Pfalz

→ → Aufgaben:

- 1 Beschreibe und kommentiere die Karikatur von Mohr. Was ist eine Petition? Wer darf sich nach Artikel 11 der Landesverfassung mit einer Petition an den Landtag wenden? Wie hat sich die Zahl der Petitionen dem Schaubild zufolge seit 1974 entwickelt?
- 2 1974 wurde das Amt des Bürgerbeauftragten geschaffen. Der Bürgerbeauftragte des Landes Rheinland-Pfalz spielt eine wichtige Rolle im Petitionswesen. Erkundige dich bei verschiedenen Personen unterschiedlicher Altersstufen, wer das Amt des Bürgerbeauftragten kennt.
- 3 Lies die Zusammenfassung der beiden Petitionen, über die der Bürgerbeauftragte den Petitionsausschuss unterrichtet hat. Mit welchen Anliegen haben sich die beiden Petentinnen an den Bürgerbeauftragten gewandt? Wie konnte ihnen geholfen werden?
- 4 Besorge dir Informationsmaterial über den Bürgerbeauftragten und erstelle eine Übersicht über seine Aufgaben, seine Befugnisse und die gesetzlichen Grenzen seiner Tätigkeit. Wie ist die Arbeitsteilung zwischen ihm und dem Petitionsausschuss des Landtags in der GOLT (Abschnitt 12) bzw. im Bürgerbeauftragtengesetz geregelt?
- 5 Informiere dich im jüngsten Jahresbericht des Bürgerbeauftragten über weitere Einzelbeispiele. Besprecht in der Klasse ein paar Fälle, in denen die Petitionen nicht erfolgreich waren.
- 6 Versetze dich in die Lage einer Bürgerin/eines Bürgers, die/der ein Problem mit einer Behörde hat. Entwirf eine Petition an den Bürgerbeauftragten.

4.0 Die Aufgaben des Landtags



Artikel 79 Absatz 1 der Landesverfassung lautet:

.....

.....

.....

.....

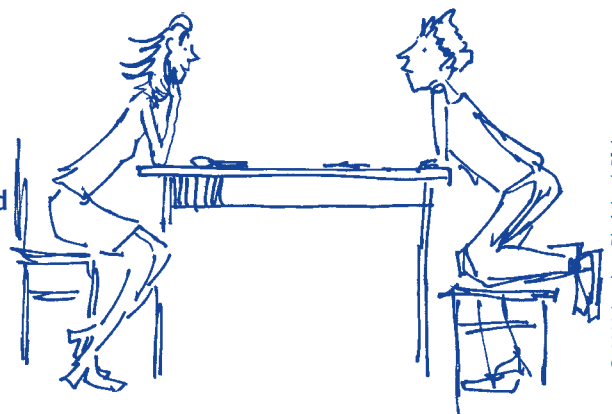
.....

.....

.....

→ → Aufgaben:

- 1 Welche Aufgaben hat der Landtag? Diskutiert in der Klasse und sammelt eure Meinungen und Vorschläge in einem Tafelbild.
- 2 Vergleicht eure Vorschläge mit Artikel 79 Absatz 1 der Landesverfassung.



4.1 Der Landtag wählt

Wen wählt der Landtag?

- Bundeskanzler
- Bundespräsident
- Bundesratspräsident
- Ministerpräsident
- Verteidigungsminister
- Außenminister
- Bürgerbeauftragter des Landes Rheinland-Pfalz
- Landesbeauftragter für den Datenschutz
- Landtagspräsident
- Fraktionsvorsitzende



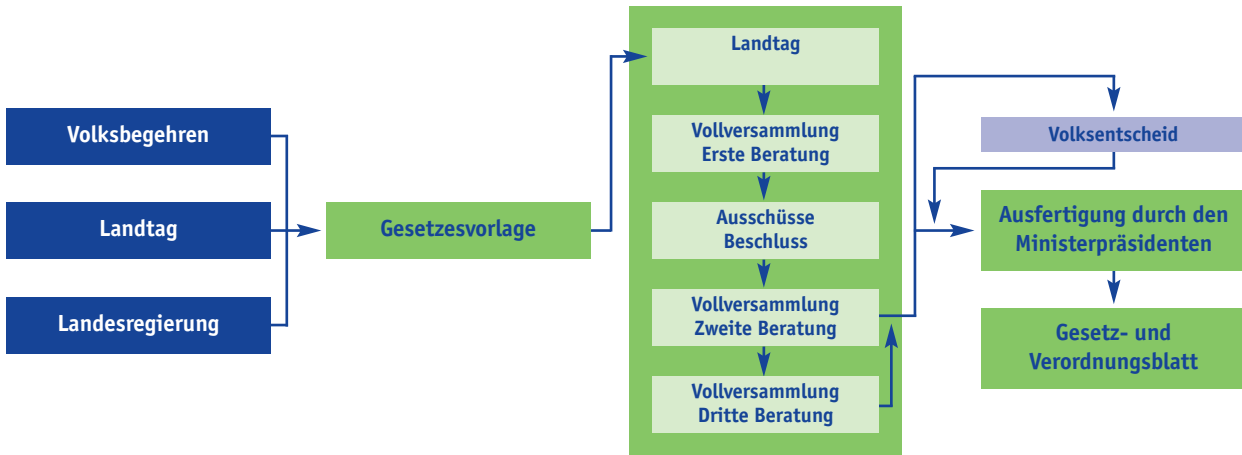
- Präsident des Landesrechnungshofes
- Präsident des Staatsgerichtshofes
- Oberbürgermeister
- Schulleiter/innen
- Landesbeamte
- Intendant des SWR
- Vorsitzende der Fachausschüsse des Landtags
- Richter
- Landräte
- Polizeipräsidenten



→ → Aufgaben:

- 1 Informiert euch in Gruppen, welche Aufgaben und welche Bedeutung die aufgeführten Amts- und Funktionsträger haben. Stellt die Ergebnisse in der Klasse vor.
- 2 Welche der aufgeführten Personen werden eurer Meinung nach vom Landtag gewählt?
- 3 Beschreibt die Fotos. Wo finden Wahlen und abschließende Abstimmungen im Landtag grundsätzlich statt? Nennt Gründe hierfür.
- 4 Die Geschäftsordnung des Landtags (GOLT) sieht verschiedene Abstimmungsarten vor. Welche sind dies und welche Vor- und Nachteile haben die einzelnen Abstimmungsarten?
- 5 Bei den Abstimmungen und Wahlen im Landtag sind unterschiedliche Mehrheiten erforderlich. Erstellt mit Hilfe der GOLT eine Liste mit den wichtigsten Bestimmungen. Welche Gründe könnte es hierfür geben?
- 6 Welcher Wahlvorgang ist eurer Meinung nach der wichtigste? Begründet eure Meinung.

4.2 Die Gesetzgebung – Verfahren und Zuständigkeiten



Mehr Macht für die Länder

Landtagsfraktionen fordern geschlossen eine Stärkung des Föderalismus

RHEINLAND-PFALZ. Die vier Landtagsfraktionen – haben sich gemeinsam für mehr Mitwirkungsrechte der Bundesländer und für eine Reform des Föderalismus ausgesprochen. Dazu müssten die Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern neu verteilt werden, forderten SPD, CDU, FDP und Grüne in einem Landtagsbeschluss.

Diese Forderung will Rheinland-Pfalz gemeinsam mit den übrigen Ländern beim „Ersten Föderalismuskonvent der deutschen Landesparlamente“ am Montag in Lübeck bekräftigen. Als Begründung führen die Fraktionen eine „schleichende Aushöhlung der ursprünglich ausgewogenen Kompetenzaufteilung“ zu Ungunsten der Bundesländer

an. Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) will „neu ausloten, was auf Bundes- und was auf Länderebene verantwortet werden muss“.

„Politik muss wieder die Chance haben, Verantwortung zu übernehmen“, sagte der CDU-Fraktionschef Christoph Böhr. Wenn die Länder nicht grundlegend mehr Mitbestimmung in der Gesetzgebung bekämen, habe der Föderalismus keine Chance mehr. Dieter Schiffmann (SPD) forderte: „Deutschland braucht starke Länder und Vielfalt in der Einheit.“

Regelung und Finanzierung von politischen Vorhaben lägen oft nicht in einer Hand, kritisierte Nicole Morsblech (FDP). Die Bundesländer müssten früher in Gesetz-

gebungsprozesse auf EU-Ebene einbezogen werden. Die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Ise Thomas, stellte fest, dass Bund und EU zu Ungunsten der Länder mehr Einfluss bekommen hätten.

Im gemeinsamen Antrag fordern die Fraktionen eine Reform des Föderalismus. Die konkurrierende Gesetzgebung – wonach die Länder nur dann Gesetze erlassen können, wenn der Bund nicht von seinem Gesetzgebungsrecht Gebrauch macht – müsse in Teilen aufgegeben und den Ländern die vorrangige Gesetzgebung zugesprochen werden. Im Verhältnis zur EU müssten die Kompetenzen so verteilt werden, dass die Mitgliedstaaten möglichst Vieles selbst regeln können.

Quelle: Mainzer Rhein-Zeitung, 27. März 2003



→ → Aufgaben:

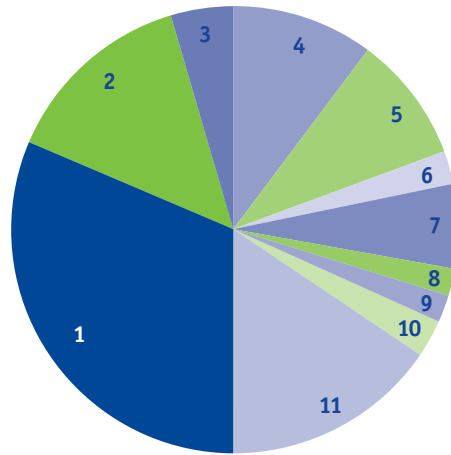
- Der Alltag von Jugendlichen wird durch zahlreiche Rechte und Pflichten bestimmt, die gesetzlich geregelt sind. Welche Rechte und Pflichten, welche Einschränkungen, Verbote, Regeln oder Vorschriften kennst du? Finde heraus, durch welche Gesetze die einzelnen Bestimmungen jeweils geregelt werden. Hältst du diese Gesetze für notwendig?
- Lies den Zeitungsartikel. Nenne die Forderungen, die der Landtag in seiner Sondersitzung zum Thema „Reform des Föderalismus“ hinsichtlich der Gesetzgebung gestellt hat. Welche Gründe wurden hierfür genannt?
- Wie ist die Zuständigkeit bei der Gesetzgebung zwischen Bund und Ländern bisher im Grundgesetz (Artikel 70 ff) geregelt? Nenne Beispiele hierfür. Auf welchen Gebieten darf das Land Gesetze erlassen?
- Was könntet ihr tun, wenn ihr mit einem Gesetz nicht einverstanden seid und ihr es ändern lassen wolltet? Erläutere hierzu mit Hilfe der Landtagswebsite oder der Landesverfassung (Artikel 107 bis 115) das Gesetzgebungsverfahren in Rheinland-Pfalz, das in der Grafik dargestellt wird. Prüfe, ob das Gesetz, das ihr ändern wollt, der Gesetzgebungskompetenz des Landes oder des Bundes unterliegt.

4.3 „Ohne Moos nix los“ – das Budgetrecht

●●●●● Ausgaben nach Aufgabearten im Haushalt des Landes Rheinland-Pfalz für das Jahr 2002 in Mio. Euro

- 1) Bildung, Wissenschaft und Kultur → 3.583,4
- 2) Öffentliche Sicherheit und Rechtsschutz → 1.616,0
- 3) Politische Führung/Zentrale Verwaltung → 492,7
- 4) Allgemeine Finanzwirtschaft → 1.170,3
- 5) Zinsen → 1.054,0
- 6) Wirtschaftsunternehmen, etc. → 240,4
- 7) Verkehrs- und Nachrichtenwesen → 708,4
- 8) Energie und Wasserwirtschaft → 200,3
- 9) Ernährung, Landwirtschaft und Forsten → 218,8
- 10) Wohnungswesen und Städtebau → 330,5
- 11) Soziale Sicherung und Gesundheit → 1.764,6

Quelle: Ministerium der Finanzen, Haushaltsplan 2002/2003



Die Landesregierung legt heute dem Parlament einen Nachtragsetwurf zum Haushaltsplan 2003 zur Beratung und Entscheidung vor. Damit reagiert die Landesregierung auf die allgemeine Entwicklung der Steuereinnahmen, die im Verlauf des letzten Jahres zunehmend problematischer geworden ist, nachdem sie bereits im Jahr 2001 rückläufig war. Ich darf daran erinnern, dass wir in den beiden vergangenen Jahren die höchsten Steuereinbrüche in der Geschichte unseres Landes zu verkraften hatten. [...] Bei der Aufstellung des Nachtragshaushalts 2003 stand die Landesregierung vor der Aufgabe, einschließlich der Auflösung der Globalen Minderausgabe ein Einsparvolumen von 418 Millionen Euro aus dem ursprünglichen Haushalt herauszuschneiden. Dabei mussten alle Ressorts ihre Beiträge leisten, und zur Lösung dieser Aufgabe war es unverzichtbar, alle Ausgabenblöcke auf den Prüfstand zu stellen. Die notwendigen Kürzungen erfolgten nicht nach der Rasenmähermethode, sondern nach einer vorangegangenen Aufgabenkritik. Damit hat die Landesregierung ihren politischen Gestaltungsauftrag auch beim Sparen wahrgenommen. [...] Wir haben

nach politischer Prioritätensetzung entschieden und damit Handlungsfähigkeit bewiesen. Nach diesen Maßstäben wird die Landesregierung dem Gesetzgeber in der nun beginnenden Beratung, und dies geht ausdrücklich auch an die Adresse der Opposition, ein aufgeschlossener Gesprächspartner sein.

Auszug aus der Regierungserklärung des Ministers der Finanzen Gernot Mittler, Plenarsitzung am 19. Februar 2003

Wenn Sie uns aber in einer Reihe von Fragen, auf die man sich vereinbaren kann, anbieten, über den Kurs mitbestimmen zu können, dann wird es faire und konstruktive Gespräche der Zusammenarbeit geben. Das ist unsere Botschaft heute, am Tag der ersten Generalausprache zu diesem Nachtragshaushalt. Wir verweigern uns der Zusammenarbeit nicht. Aber der Preis der Zusammenarbeit ist die Chance, die Möglichkeit einer Mitgestaltung der Politik in diesem Land.

Christoph Böhr, CDU-Fraktionsvorsitzender, Plenarsitzung am 20. Februar 2003

→ → Aufgaben:

- ① Erläutere die Grafik. Wie hoch ist der prozentuale Anteil der verschiedenen Bereiche am Gesamthaushalt und welche Ausgaben verbergen sich dahinter im Einzelnen? Nenne Beispiele.
- ② Wie wird der Landshaushalt finanziert? Über welche Einnahmen verfügt das Land?
- ③ Lies den Auszug aus der Regierungserklärung. Was ist ein Nachtragshaushalt? Warum wurde im Jahr 2003 ein Nachtragshaushalt notwendig und wie hat die Regierung diesen nach Ansicht des Finanzministers gestaltet?
- ④ Erläutere die Reaktion von Christoph Böhr, dem Vorsitzenden der größten Oppositionspartei, auf die Regierungserklärung des Finanzministers. Recherchiere auch die Reaktionen der anderen Landtagsfraktionen. Kannst du dir vorstellen, warum das Budgetrecht auch als „Königsrecht“ des Parlaments bezeichnet wird?
- ⑤ Stellt gemeinsam für eure Schule einen Haushaltsplan auf (Einnahmen/Ausgaben) und listet die wichtigsten Einzelposten auf.
- ⑥ Rollenspiel „Ausschusssitzung“: Auf Grund verminderter Einnahmen gibt es einen Nachtragshaushalt, das Budget eurer Schule muss leider um 20 Prozent gekürzt werden. In einer Ausschusssitzung diskutiert ihr, in welchen Bereichen eures Schulbudgets die Einsparungen erfolgen sollen.



4.4 Politische Macht braucht Kontrolle

Wahrnehmung parlamentarischer Kontrollrechte in der 13. Wahlperiode (1996–2001)

	Oppositionsfaktionen	Regierungsfaktionen	Summe
Kleine Anfragen	3314	485	3799
Große Anfragen	118	41	159
Mündliche Anfragen	523	177	700
Aktuelle Stunden	150	62	212
Anträge (Plenum)	559	139	698
Berichtsanhträge in den Ausschüssen	1181	607	1788
Summe	5845	1511	7356

Mitglieder von Regierungsfaktionen nehmen ihre Kontrollrechte auf unterschiedlichste Art und Weise wahr. Sicherlich nutzen wir auch die üblichen parlamentarischen Instrumente. Wir haben allerdings viel mehr Möglichkeiten, bereits im Vorfeld auf die Regierungspolitik einzuwirken, da wir als Regierungsfraktion den Haushalt in seiner Abstimmung tragen, da wir in der Regel die Gesetze beschließen und auch über Anträge auf die Regierungsarbeit einwirken können. Diese Dinge werden im Vorfeld in den Fraktionen entschieden, mit dem Koalitionspartner abgesprochen und auch mit den Ministerien koordiniert, weil wir in einer ganz anderen Verantwortung stehen. Das was wir vorschlagen muss Hand und Fuß haben und letztlich dann auch so abgestimmt sein, dass es realisierbar ist. Sicherlich nutzen wir auch die Möglichkeit, die Regierungsmitglieder auf dem kurzen Dienstweg anzurufen, um bestimmte Dinge zu hinterfragen oder Gespräche zu führen, bevor wir Missstände, die uns aufgefallen sind, gemeinsam ändern.

Nicole Morsblech, FDP

Um wirksam die Landesregierung kontrollieren zu können, muss man zuerst einmal gut informiert sein. Dies kostet viel Zeit und erfordert viele Gespräche. Dann nutzen wir natürlich die Kontrollmöglichkeiten, die uns die Geschäftsordnung gibt, fragen zum Beispiel die Landesregierung in den Plenarsitzungen oder machen Gegenentwürfe zu Regierungsvorlagen.

Gerd Schreiner, CDU

Natürlich hat kein Abgeordneter aus einer Regierungspartei ein Interesse daran, Teile der eigenen Regierung öffentlich bloß zu stellen. Wer meint, parlamentarische Kontrolle funktioniere nur im Wege der öffentlichen Auseinandersetzung, irrt gewaltig.

Alexander Fuhr, SPD

Als Oppositionsfraktion üben wir Kontrolle dadurch aus, dass wir Fehlentwicklungen und Versäumnisse offenlegen und der Landesregierung, der Öffentlichkeit und den Bürgern aufzeigen, wo es Probleme gibt und dass es alternative Lösungen zu denen der Landesregierung gibt. Dieses gestalten wir durch Anfragen, Anträge, Gesetzesinitiativen und eine funktionierende Öffentlichkeitsarbeit, aber auch dadurch, dass wir hinterfragen, nachforschen etc. Damit bringen wir uns konstruktiv in die Landespolitik ein und stoßen kritische und sinnvolle Diskussionen an.

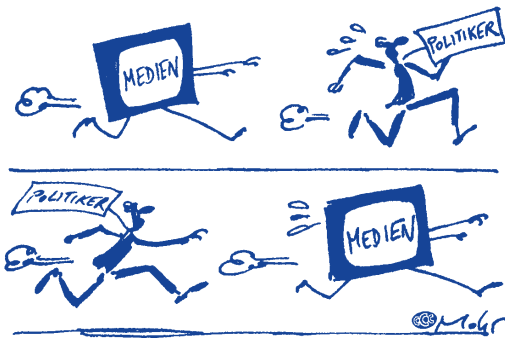
**Nils Wiechmann,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

→ → Aufgaben:

- 1 Laut Verfassung kontrolliert der Landtag die Regierung und die Verwaltung. Überlege dir, wie diese Kontrolle ausgeführt werden könnte.
- 2 Erläutere die in der Tabelle aufgeführten Kontrollinstrumente mit Hilfe der Geschäftsordnung des Landtags und suche auf der Landtagswebsite hierfür jeweils ein Beispiel.
- 3 Vergleiche die Stellungnahmen der Politiker zu der Frage, wie sie ihre Kontrollfunktion wahrnehmen. Versuche anhand der Stellungnahmen die Tabelle zu kommentieren.
- 4 Stehen dem Parlament nach der Verfassung und der GOLT noch andere Möglichkeiten der Kontrolle zur Verfügung?
- 5 Formuliere eine kleine Anfrage zu einem Thema, das dich interessiert.



4.5 Dialog mit der Öffentlichkeit



Nach Artikel 86 Satz 1 der Landesverfassung verhandelt der Landtag öffentlich. Als „vom Volk gewähltes oberstes Organ der politischen Willensbildung“ berät, beschließt und kontrolliert das Parlament in öffentlicher Verhandlung. Die Herstellung von Öffentlichkeit ist eine wesentliche Parlamentsfunktion. Sie ermöglicht die Rückkopplung des Parlaments mit dem Volk. Dies geschieht in der Form der Auseinandersetzung zwischen Abgeordneten, ihren Fraktionen und der Landesregierung, in der die

verschiedenen politischen Alternativen oder auch übereinstimmende Auffassungen deutlich werden. Darüber hinaus erhält die Öffentlichkeit vor allem über das Parlament einen direkten Einblick in den Prozess staatlicher Willensbildung. Damit hat das Parlament die Chance und den Auftrag, über die Tagespolitik hinaus an der Aufklärung über die Funktionsweise der parlamentarischen Demokratie mitzuwirken.

Quelle: Parlamentsreform. Bericht der Enquete-Kommission des Landtags Rheinland-Pfalz, 1998, S. 83f.



→ → Aufgaben:

- ➊ Lies den Auszug aus dem Bericht der Enquete-Kommission „Parlamentsreform“. Was versteht man unter der „Öffentlichkeitsfunktion“ des Landtags? Welchen Zweck soll sie erfüllen?
- ➋ Beschreibe und kommentiere die Karikatur von Mohr („Medien“). Recherchiere, in welchen Medien du dich über landespolitische Themen und Vorgänge informieren kannst. Bewerte den Stellenwert, den landespolitische Themen in der Medienberichterstattung einnehmen und begründe deine Meinung.
- ➌ Beschreibe und erläutere die Karikatur von Mohr („Internet“). Kommentiere aus deiner Sicht die Möglichkeiten und Grenzen der Informationsbeschaffung durch das Internet.
- ➍ Was sollte eine Landtagswebsite leisten, wenn sie mehr Transparenz und Öffentlichkeit im Prozess der politischen Willensbildung ermöglichen will? Ergänze das Mind-Map um Kriterien, die du für wichtig hältst, und überprüfe anschließend, ob die Website des Landtags deinen Anforderungen gerecht wird. Eventuelle Verbesserungsvorschläge kannst du dem Webmaster der Website mailen.
- ➎ Informiere dich über die Angebote des Landtags für jugendliche Besuchergruppen. Kann man diese Art der Öffentlichkeitsarbeit auch als Bestandteil der Öffentlichkeitsfunktion des Landtags bezeichnen?
- ➏ Organisiert gemeinsam einen Besuch im Landtag und schreibt für eure Schülerzeitung oder eure lokale Tageszeitung einen Artikel über die Arbeit des Landtags und euren Landtagsbesuch.

5.0 Die Abgeordneten



Ergebnis einer Allensbach-Umfrage von April 2003*

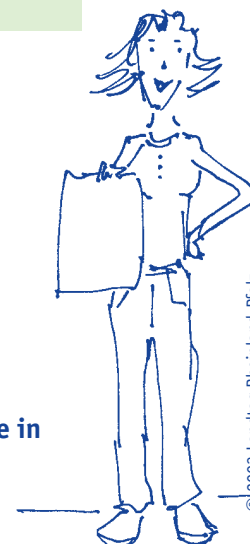
„Welche Berufe schätzen Sie am meisten, vor welchen haben Sie am meisten Achtung?“

Beruf	Angaben in Prozent
Arzt	72%
Pfarrer/Geistlicher	39%
Hochschulprofessor	30%
Unternehmer	30%
Rechtsanwalt	29%
Grundschullehrer	27%
Ingenieur	26%
Apotheker	26%
Botschafter/Diplomat	25%
Schriftsteller	22%
Atomphysiker	22%
Direktor einer großen Firma	18%
Studienrat	14%
Journalist	13%
Offizier	9%
Gewerkschaftsführer	7%
Buchhändler	7%

* Der Eintrag „Politiker“ wurde aus der Tabelle gestrichen

→ → Aufgaben:

- 1 Beschreibe und kommentiere die Karikatur von Mester. Kannst du dir vorstellen, später einmal Politikerin/Politiker zu werden?
- 2 Nimm Stellung zu dem Ergebnis der Umfrage. Wo würdest du innerhalb dieser Berufsprestige-Skala den Beruf des Politikers einordnen?
- 3 Macht eine Umfrage unter Freunden, in der Familie oder auf der Straße und findet heraus, wie die Leute über den Beruf der Politikerin/des Politikers denken. Vergleiche eure Ergebnisse in der Klasse. Entwirf eine Stellenanzeige für eine/einen Landtagsabgeordnete(n).



5.1 Wie wird man Abgeordnete(r)?

Die vollständigen Texte

findest du auf der Jugendhomepage des Landtags

Ich habe einen älteren Bruder, der im Rollstuhl sitzt, und als ich anfang, mich für Politik zu interessieren, gefielen mir deshalb das Menschenbild und die Sozialpolitik der CDU. So hatte die CDU-geführte Landesregierung in den achtziger Jahren einen Modellversuch zum gemeinsamen Unterricht behinderter und nicht behinderter Kinder in den Grundschulen gestartet. Mein jüngerer, nicht behinderter Bruder ging in diese Schule. 1987 sollte dieser Modellversuch aus Kostengründen plötzlich auslaufen. Dafür hatte ich kein Verständnis. Meines Erachtens hatte dies auch nichts mit christlicher Politik zu tun; deshalb bin ich Mitglied der CDU geworden. Ich wollte, dass meine Partei auch in Zukunft eine behinderterfreundliche Politik macht.

Gerd Schreiner, CDU

In den Landtag gewählt wurde ich am 25. März 2001. Der Weg dahin ging über eine Vorstellung bei einer Landesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und die anschließende Wahl für den 6. Listenplatz auf der Landesliste der Grünen. Die Grüne Jugend und verschiedene Gruppen haben meine Kandidatur unterstützt, sicherlich auch, um einmal ein junges Gesicht in den Landtag zu schicken. Im Anschluss daran haben wir einen guten und abwechslungsreichen Wahlkampf in Rheinland-Pfalz absolviert. Dann galt es „nur“ noch die Wahl abzuwarten und zu hoffen. Die Politik war immer ein Hobby von mir, jetzt habe ich die Möglichkeit, eine meiner „Leidenschaften“ zu meinem Beruf auf Zeit zu machen.

Nils Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Immer wieder wurde ich von verschiedenen Parteifreunden gefragt, ob ich mir eine eigene Kandidatur denn vorstellen könnte. Nachdem ich schon viele Jahre ehrenamtlich politisch tätig war, fand ich die Idee sehr spannend, mein liebstes Hobby zum Beruf zu machen. Also sagte ich meine Bereitschaft zur Kandidatur im Wahlkreis zu – zunächst mit sehr vagen Erfolgsaussichten. Zwei weitere Parteimitglieder hatten ihr Interesse daran bekundet, in meinem Heimatwahlkreis als Kandidatin bzw. als Kandidat der SPD aufgestellt zu werden. Nach einigen Vorstellungsrunden an der Basis unserer Partei kam der Tag der Nominierungskonferenz im Mai 2000. Nach zwei Wahlgängen hatte ich die erste Hürde auf dem Weg in den Landtag genommen – ich wurde zum SPD-Kandidaten im Wahlkreis 47 gewählt.

Alexander Fuhr, SPD

Seit ich in der Schule im Geschichts- und Politikunterricht etwas über die verschiedenen politischen Grundrichtungen gelernt hatte, hat mir ein liberales Denken schon immer am meisten gelegen. Ich habe den Bürger schon immer als mündiges Individuum gesehen, das möglichst viele Freiheiten haben sollte, aber dann auch seinen Möglichkeiten entsprechend Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen muss. Letztlich hat mich die Rolle der FDP im Zuge der Wiedervereinigung sehr begeistert. Angeschaut habe ich mir zwar alle damals existierenden Jugendverbände der Parteien, wirklich gezogen hat es mich allerdings von vornherein zu den Jungen Liberalen. Das war 1991 und ich war damals 18 Jahre. Ich bin dann auch direkt in die FDP eingetreten.

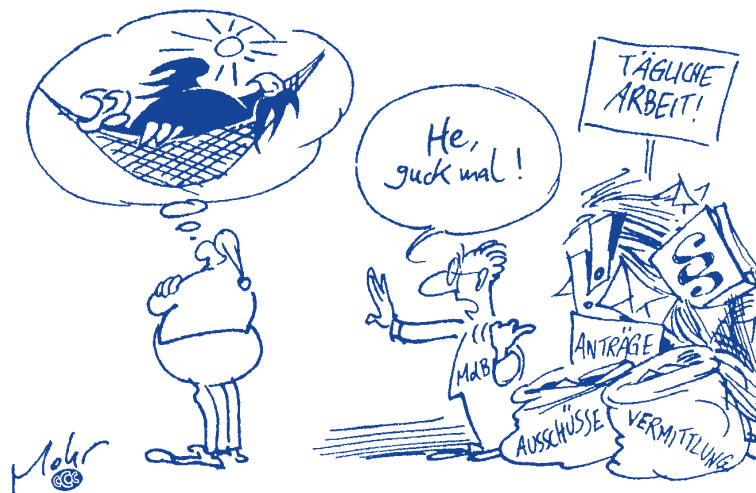
Nicole Morsblech, FDP

→ → Aufgaben:

- 1 In den Texten beschreiben junge Politiker, wie sie Abgeordnete wurden. Suche dir einen Text auf der Jugendhomepage des Landtags aus und markiere die wichtigsten Stationen des/der Abgeordneten auf seinem/ihrer Weg in den Landtag.
- 2 Bildet Arbeitsgruppen und vergleicht die Lebensläufe von anderen Landtagsabgeordneten. Gibt es einen „typischen“ Weg, der in den Landtag führt?
- 3 Erstellt mit Hilfe der von euch gesammelten Informationen und Materialien eine Übersicht über die Zusammensetzung des Landtags. Überlegt euch hierfür gemeinsam Kriterien (z.B. Alter, Geschlecht, Beruf etc.). Kann man das Parlament als Spiegelbild der Gesellschaft bezeichnen?
- 4 Landtagswahl 2026! Stell dir vor, du bist in die Politik gegangen und sitzt nun im Landtag Rheinland-Pfalz. Beschreibe rückblickend, wie deine Politikerlaufbahn verlaufen ist.



5.2 Aufgaben und Tätigkeitsbereiche



Meine Wochenarbeitszeit ist sehr unterschiedlich. Im Schnitt arbeite ich 60–80 Stunden, jeweils ein Viertel der Zeit in meinem Architektenbüro, ein weiteres Viertel in Sitzungen der Arbeitskreise und Ausschüsse sowie in der Fraktion, ein Viertel in meinem Wahlkreis (dazu zähle ich auch meine Tätigkeit im Stadtrat mit allem was dazu gehört), und ein letztes Viertel am Schreib-

tisch – sei es zu Hause oder im Büro, denn vor allem muss man als Mitglied des Landtags viel Lesen. Wenn ich durch die Stadt laufe und Bürgerinnen und Bürger treffe, gehen Sie davon aus, dass ich immer im Dienst bin. Ich versuche deshalb, Privatleben und Abgeordnetentätigkeit zu trennen.

Gerd Schreiner, CDU

Ein Abgeordneter ist stets auch ein Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger seines Wahlkreises, für Vereine, Verbände sowie Firmen. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten – völlig zu Recht, wie ich meine – dass sie sich jederzeit an „ihren“ Abgeordneten wenden können, wenn sie Hilfe und Rat benötigen. Dabei muss man in Kauf nehmen, dass man auch abends daheim oder am Wochenende auf dem Sportplatz oder beim Einkaufen angesprochen wird. Insoweit ist ein Abgeordneter immer im Dienst und nicht bloß von Montag bis Freitag in der Zeit von 8 bis 16 Uhr. Eine strikte Trennung des Privatlebens von der Abgeordnetentätigkeit ist vielleicht daheim in den eigenen vier Wänden oder während des Urlaubes möglich.

Ansonsten sind die Übergänge zwischen Beruf und Freizeit stets fließend. Im übrigen ist eine scharfe Trennlinie auch bei der Wahrnehmung der verschiedenen politischen Funktionen kaum zu ziehen; neben dem Mandat im Landtag übe ich wie die meisten meiner Kolleginnen und Kollegen noch verschiedene Ehrenämter in meiner Partei und der Kommunalpolitik aus. Hierfür sind auch etliche Stunden im Monat für Besprechungen, Sitzungen und dergleichen zu veranschlagen. Diese Tätigkeiten sind für mich die Basis meiner Tätigkeit im Landtag und damit untrennbar mit meinem Mandat verbunden.

Alexander Fuhr, SPD

→ → Aufgaben:

- 1 Beschreibe und kommentiere die Karikatur vom Mohr. Arbeite anschließend anhand von Zusatzmaterialien, die auf der Jugendhomepage des Landtags zur Verfügung stehen (Terminpläne des Landtags und Terminkalender von Abgeordneten), die verschiedenen Tätigkeiten eines Abgeordneten heraus und ordne sie nach Bereichen.
- 2 Lies die Stellungnahmen der beiden Politiker. Bei der Ausübung ihres Mandates und der damit verbundenen Aufgaben sind Abgeordnete vielfältigen Erwartungen ausgesetzt. Stellt gemeinsam in einem Tafelbild das Spannungsfeld dar, in dem Abgeordnete ihre Tätigkeit ausüben.
- 3 Vergleiche die Arbeitsbelastung der Mitglieder von kleinen und großen Fraktionen.
- 4 Besucht eure(n) Wahlkreisabgeordnete(n) in ihrem/seinem Bürgerbüro oder ladet sie/ihn in eure Schule ein. Lasst sie/ihn über ihren/seinen Arbeitsalltag berichten.
- 5 Über welche Eigenschaften, Fähigkeiten und Kenntnisse muss ein(e) Abgeordnete(r) verfügen, damit er/sie seine/ihre Aufgaben angemessen erfüllen kann? Überarbeite deine Stellenausschreibung für eine(n) Abgeordnete(n).

5.3 Rechte und Pflichten

„Der Landtag besteht aus vom Volk gewählten Abgeordneten. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden.“

(Artikel 79 Absatz 2 der Landesverfassung)

Was Abgeordnete tun dürfen oder sogar müssen, um ihr Abgeordnetenmandat und die damit verbundenen Aufgaben effektiv wahrzunehmen, ist genau geregelt. In der Landesverfassung (LV), dem Abgeordnetengesetz Rheinland-Pfalz (AbgGRhPf) und der Geschäftsordnung des Landtags (GOLT) findet man hierzu zahlreiche Bestimmungen und Regelungen, die man in drei große Gruppen aufteilen kann:



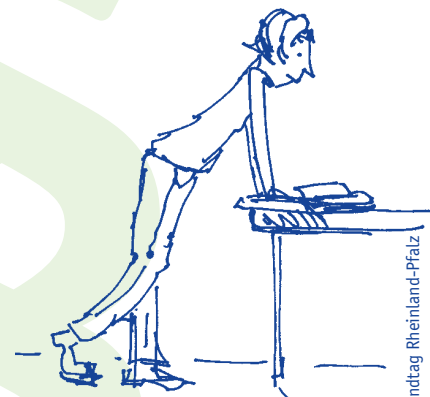
A) Schutzrechte	B) Teilnahme- und Mitwirkungsrechte	C) Pflichten
<ul style="list-style-type: none"> → Schützen die Abgeordneten vor Zwang, Einschüchterung und unzulässiger Einflussnahme → Garantieren die Ausübung eines „freien Mandates“ 	<ul style="list-style-type: none"> → Stellen sicher, dass die Abgeordneten an allen Abstimmungen und Sitzungen des Landtags teilnehmen können → Ermöglichen den Abgeordneten, ihr Mandat effektiv wahrzunehmen 	<ul style="list-style-type: none"> → Sollen sicherstellen, dass die Abgeordneten ihr Mandat angemessen ausüben → Sollen die Arbeitsfähigkeit des Parlaments sichern und die Würde und das Ansehen des Landtags wahren

Die wichtigsten Rechte und Pflichten eines Abgeordneten auf einen Blick:

Immunität (Art. 94 LV; §§ 113 f. GOLT)	Indemnität (Art. 93 LV)	Stimmrecht (§§ 43 ff. GOLT)	Entschädigung und Ausstattung (Art. 97 LV; §§ 5 ff. AbgGRhPf)
Verhaltensregeln (§ 1a AbgGRhPf)	Rederecht (§ 27 GOLT)	Zeugnisverweigerungsrecht (Art. 95 LV)	Behinderungsverbot (Art. 96 LV; § 2 ff. AbgGRhPf)
Verschwiegenheitspflicht (§ 80 GOLT)	Anwesenheitspflicht (§ 7 AbgGRhPf)	Frage- und Informationsrecht (Art. 89a LV; §§ 32, 91 ff. GOLT)	Unvereinbarkeit von Amt und Mandat (§ 29 ff. AbgGRhPf)
Recht auf Mitwirkung in den Ausschüssen (§§ 71 ff. GOLT)	Antragsrecht (§§ 60 ff. GOLT)		

→ → Aufgaben:

- 1 Erläutere Artikel 79 Absatz 2 der Landesverfassung. Verdeutliche anhand von Beispielen, was damit gemeint ist.
- 2 Recherchiere auf der Landtagswebsite, was die einzelnen Begriffe bedeuten. Ordne die Begriffe anschließend den Rubriken A) Schutzrechte, B) Teilnahme- und Mitwirkungsrechte und C) Pflichten zu.
- 3 Welche der oben genannten Regelungen hältst du für besonders wichtig? Begründe deine Meinung.



5.4 Die Diäten – was Abgeordnete verdienen

Landtag will Diäten maßvoll anheben
Abgeordnete beraten über ihre Vergütung
(Allgemeine Zeitung Mainz, 20.12.2001)

Grüne wollen Diät „normal“ besteuern
Neuer Anlauf zur Abschaffung von Pauschalen
(Allgemeine Zeitung Mainz, 12.3.2002)

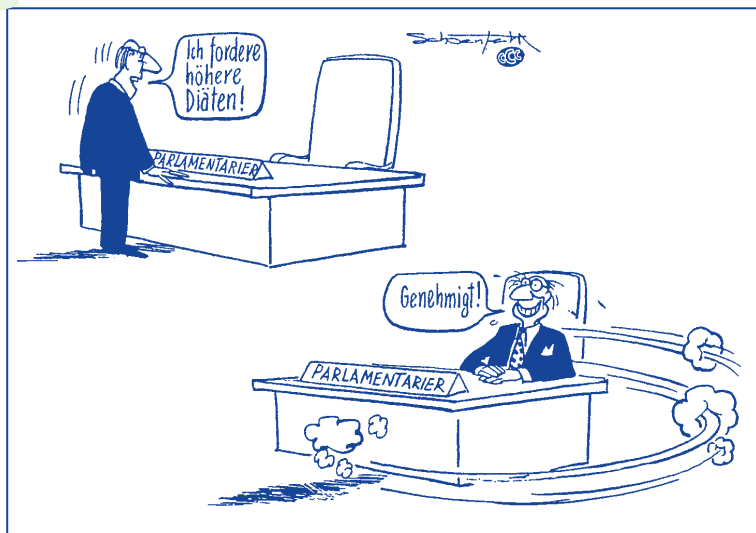
Einig über Nullrunde
(Allgemeine Zeitung Mainz, 20.11.2002)

Bei Nacht und Nebel
Abgeordnete erhöhen Diäten um 2,3 Prozent
(Trierischer Volksfreund, 25.1.2002)

Diäten und Pauschalen bleiben getrennt
Abgeordnetenbezüge steigen um 2,3 Prozent
(Rheinpfalz, 15.3.2002)

Einfach unüberschaubar
Grüne fordern Reform der Abgeordnetenbezüge
(Trierischer Volksfreund, 12.3.2002)

Grimm für neues Diäten-Modell
(Rheinpfalz, 7.6.2002)



Jedes Jahr haben wir die Aufgabe, die Höhe unserer eigenen Diäten selbst zu bestimmen. Das ist keine Lust, sondern eine Last, meine Damen und Herren. Ich glaube, auch in der Öffentlichkeit ist dies in den letzten Jahren deutlich geworden. Insbesondere freue ich mich, dass die Medien in Rheinland-Pfalz zum Teil ausdrücklich darauf hingewiesen haben, dass die Erhöhung unserer Einkünfte in den letzten Jahren sehr angemessen und gering war.

Werner Kuhn,
Vorsitzender der FDP-Fraktion,
Plenarprotokoll vom 14. März 2002, S. 1318

→ → Aufgaben:

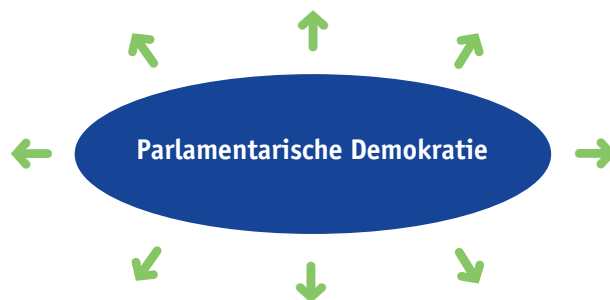
- 1 Lies die Zeitungüberschriften. Was sind „Diäten“?
- 2 Beschreibe und kommentiere die Karikatur von Schoenfeld. Wie äußert sich Werner Kuhn, der Vorsitzende der FDP-Fraktion, zum Problem der Diäten?
- 3 Nach Artikel 97 der Landesverfassung haben die Abgeordneten Anspruch auf eine angemessene, ihre Unabhängigkeit sichernde Entschädigung und auf eine zur Ausübung des Mandats erforderliche Ausstattung nach Maßgabe eines Landesgesetzes (§ 5–6 AbgGRhPf). Erstelle eine Übersicht über die Leistungen, die Abgeordnete erhalten. Wie hoch ist der eigentliche Verdienst?
- 4 Hältst du die Entschädigung, die die Mitglieder des Landtags Rheinland-Pfalz für ihre Arbeit erhalten, für „angemessen“, also gerechtfertigt? Was sollte deiner Meinung nach ein Landtagsabgeordneter verdienen? Mit welchen anderen Berufsgruppen kann man Abgeordnete vergleichen?
- 5 Dass Abgeordnete selbst über ihren Verdienst entscheiden, wird von vielen kritisiert. Überlege dir eine andere Lösung, ein alternatives Verfahren hierfür.
- 6 Führt ein Rollenspiel durch. In einem moderierten Streitgespräch diskutieren Abgeordnete verschiedener Parteien mit kritischen Bürgern über die „Diäten-Frage“.

6.0 Demokratie

Was versteht man unter Demokratie?



Direkte Demokratie	Parteien-demokratie	Zuschauer-demokratie	Kommunikative Demokratie
Kanzler-demokratie	Repräsentative Demokratie	Medien-demokratie	Geschlechter-demokratie
Volks-demokratie	Elektronische Demokratie		



→ → Aufgaben:

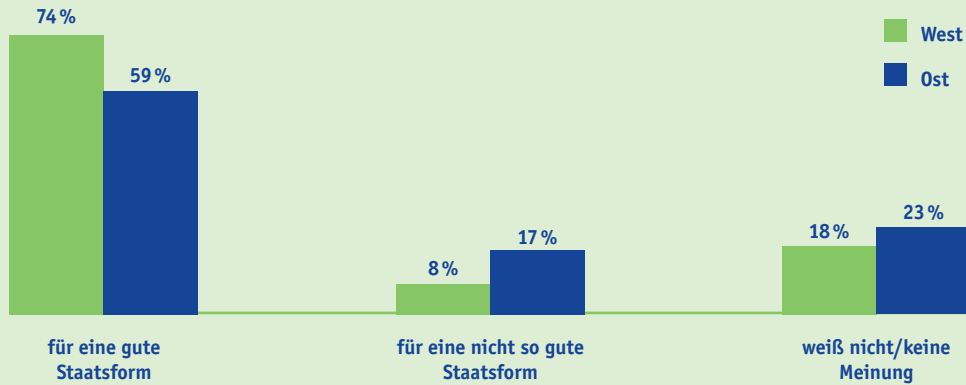
- 1 Beschreibe und kommentiere die Karikatur von Mohr. Was verbindest du mit dem Begriff „Demokratie“?
- 2 Diskutiert in der Klasse die Bedeutung der aufgeführten Begriffe.
- 3 Ergänzt im Klassengespräch das Mind-Map zum Stichwort „Parlamentarische Demokratie“. Welche wesentlichen Elemente gehören dazu?

6.1 Akzeptanz der Demokratie

Akzeptanz der Demokratie als Staatsform

Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren – nach alten und neuen Ländern in %

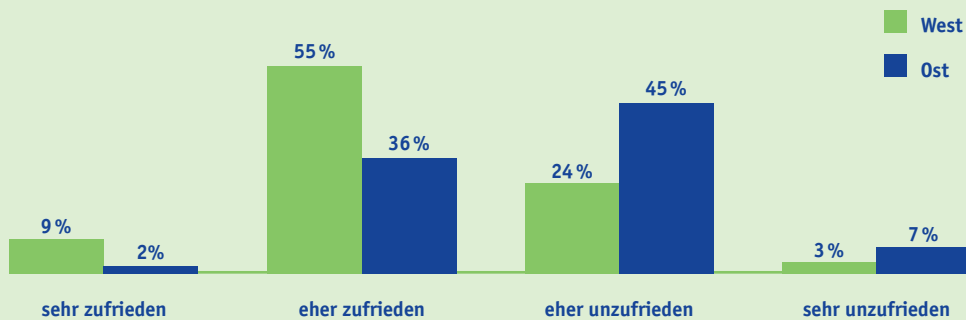
Die Demokratie halten:



Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland

Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren – nach alten und neuen Ländern in %

Mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht, sind:



Quelle: Shell Jugendstudie 2002 – Infratest Sozialforschung (Abb. 3.9 und 3.7)

meine meinung: Ich bin zufrieden/unzufrieden mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht, weil

.....

.....

.....

→ → Aufgaben:

- 1 Beschreibe und erläutere die beiden Schaubilder.
- 2 Wie steht es deiner Meinung nach mit der Demokratie in Deutschland? Bist du zufrieden oder unzufrieden? Begründe deine Meinung.
- 3 Welche anderen Staatsformen kennst du? Was ist für diese Staatsformen charakteristisch?
- 4 Kannst du dir vorstellen, in einer anderen Staatsform zu leben? Begründe deine Meinung.



6.2 Grundprinzipien der Demokratie

Wenn die Demokratie Dämonen zeugt

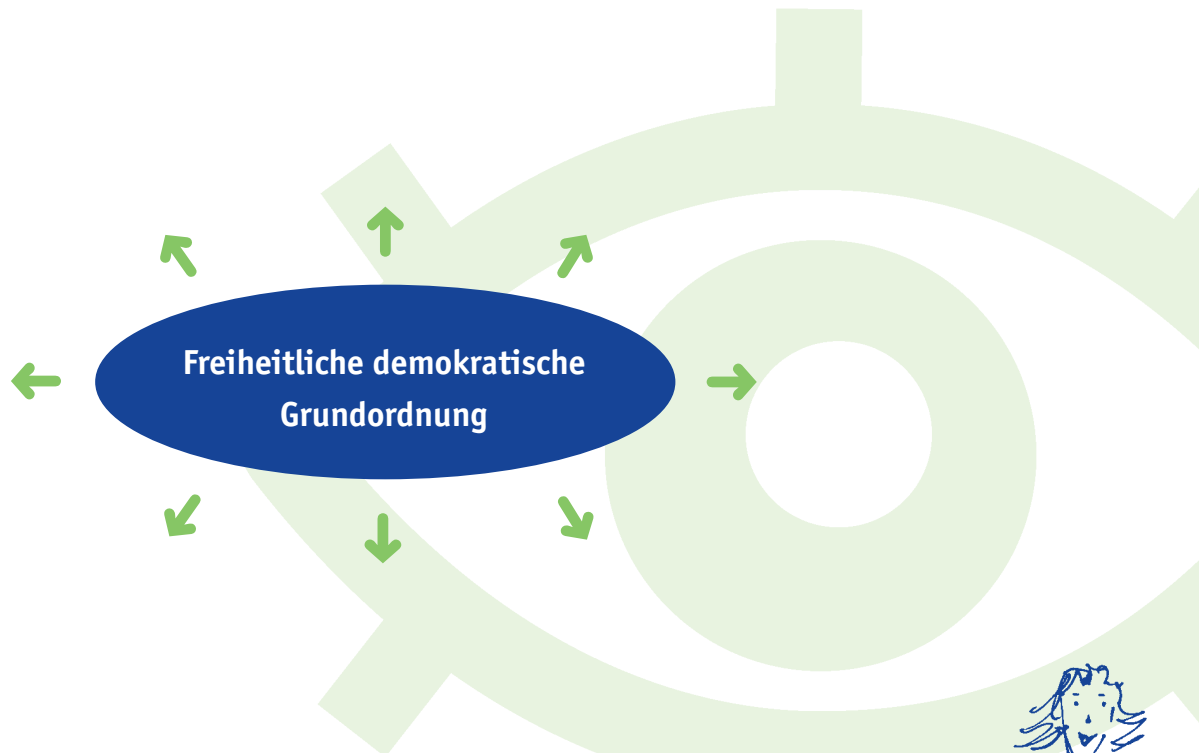
Grundrechte, Gewaltenteilung und gute Regierungen sind wichtiger als freie Wahlen

Von Mariam Lau

In den vergangenen Jahrzehnten hat die Zahl der Demokratien stetig zugenommen. Von 193 Ländern auf der Welt sind es inzwischen 118, die diesen Titel für sich reklamieren würden. Auf den ersten Blick eine ermutigende Bilanz – bei genauerem Hinsehen stellen sich Zweifel ein. Freie und gleiche Wahlen haben von Peru bis Sierra Leone, von Pakistan zu den Philippinen Regimes hervorgebracht, die ihren Bürgern Grundrechte und Freiheiten vorenthalten und verfassungsmäßige Beschränkungen ihrer Macht ignorieren. [...] „Nehmen wir einmal an“, so hatte der US-Diplomat Richard Holbrooke 1996 vor den Wahlen in Bosnien gesagt, „gewählt werden Rassisten, Faschisten oder Separatisten, die sich öffentlich gegen Frieden und Reintegration aussprechen. Dann haben wir

ein Problem“. Das Problem lässt sich immer häufiger beobachten, und es hat einen Namen: „illiberale Demokratie“ nennt der Newsweek-Redakteur Fareed Zakaria diesen Regierungstyp. Man hat freie Wahlen, aber die im Westen normalerweise dazugehörigen Elemente der freiheitlichen Grundordnung – also Recht und Gesetz, Gewaltenteilung, Schutz der Grundfreiheiten des Individuums in Sachen Eigentum, Religion oder Meinungsäußerung – hat man der Einfachheit halber weggelassen. „Die freiheitliche Grundordnung hat die Demokratie hervorgebracht“, schreibt Zakaria, „aber die Demokratie bringt nicht unbedingt eine freiheitliche Grundordnung hervor.“

Quelle: Die Welt, 3. April 2003



→ → Aufgaben:

- ① Lies den Text und arbeite die Hauptaussagen heraus. Was versteht die Autorin unter einer „illiberalen Demokratie“?
- ② Welche Elemente gehören zur freiheitlichen, demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland? Ergänze das Mind-Map mit Hilfe der Landesverfassung und/oder dem Grundgesetz.
- ③ Suche dir zwei Elemente heraus, die du für besonders wichtig hältst, und erkläre sie anhand von Beispielen.
- ④ In welchen Ländern gibt es Menschenrechtsverletzungen? Informiere dich bei Menschenrechtsorganisationen wie z.B. amnesty international (www.amnesty.de) oder internationalen Hilfsorganisationen. Befinden sich darunter auch demokratische Staaten?



6.3 Demokratie als Lebensform



„Demokratie

„Demokratie entsteht nicht von selbst; Demokratie muss erlernt – ja erkämpft werden. Und Demokratie bleibt auch nicht, sie muss verteidigt werden.

Wir müssen vor allem die Jugend für die Demokratie gewinnen! Sie überzeugen, dass es sich lohnt, sich für ihre Interessen einzusetzen. Wir müssen beweisen, dass wir reformwillig sind und dass unser Rechtsstaat reformfähig ist.“

Aus der Begrüßungsrede des Landtagspräsidenten Christoph Grimm zum Verfassungsfest am 18. Mai 1998

entsteht

nicht von selbst“

→ → Aufgaben:

- 1 Beschreibe und kommentiere die Karikatur von Mester.
- 2 Nimm zu der Aussage des Landtagspräsidenten vom 18. Mai 1998 Stellung.
- 3 Demokratie ist nicht nur eine Staatsform, sie soll auch eine „Lebensform“ sein (Theodor Heuss). Inwieweit ist es möglich, auch in der Schule oder im Ausbildungsbetrieb demokratische Rechte und Tugenden einzuüben und anzuwenden?
- 4 Informiere dich im Internet unter www.blk-demokratie.de, welche Projekte für die Entwicklung einer demokratischen Schulkultur es in Deutschland bereits gibt.
- 5 Organisiert in eurer Schule eine Gesprächsrunde zum Thema „Schule und Demokratie“. Welche Themen und Fragen sollen diskutiert werden, wer soll an der Gesprächsrunde teilnehmen?
- 6 Gibt es andere Bereiche, in denen du dir mehr demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten wünschst?
- 7 Kommentiere die Aussage von Willy Brandt: „Die Demokratie darf nicht so weit gehen, dass in der Familie darüber abgestimmt wird, wer der Vater ist.“

